Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Krohanski, Halle, für den übrigen Inhalt Ernst Bittnack, Magdeburg. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck von W. Kramuck & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 8. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 70 Pfennig. Bei dem Postamtsbezug 2,40 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Insertionsgebühr: Die gespaltene Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate von auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407.

Nr. 126. **Halle, Donnerstag den 25. Oktober 1917.** **1. Jahrgang.**

Das Rätselraten.

Aus den Nebeln der Kanzlerkrise tritt einstweilen nur ein Negatives in die Erscheinung. Es steht so ziemlich fest, daß der neue Reichskanzler nicht aus den Reihen der Reichstagsabgeordneten entnommen werden wird. Das liegt nicht etwa daran, daß im Reichstag keine geeigneten Persönlichkeiten zu finden wären. Was z. B. die sozialdemokratische Fraktion betrifft, so machen wir uns anheischig, eine ganze Reihe von Persönlichkeiten zu benennen, die als Reichskanzler ganz gut zu brauchen wären — vorausgesetzt natürlich, daß die politischen Voraussetzungen für eine sozialdemokratische Reichskanzlerschaft gegeben wären. Auch im Zentrum und in der Fortschrittlichen Volkspartei gibt es natürlich eine ganze Reihe von Männern, die an politischen Kenntnissen und Fähigkeiten dem jetzigen Reichskanzler bedeutend überlegen sind.

Daß für die Ernennung eines Sozialdemokraten zum Reichskanzler die politischen Voraussetzungen nicht gegeben sind, ist schon gesagt worden. Ein sozialdemokratischer Reichskanzler müßte für seine Regierung ein Mindestprogramm aufstellen, für das die bürgerlichen Parteien nicht zu haben wären, er hätte also von vornherein keine Mehrheit. Es bliebe also die Wahl zwischen dem Zentrum und der Fortschrittlichen Volkspartei. Keine dieser beiden Parteien würde es aber gern sehen, wenn einer von der andern Partei Reichskanzler würde. Eine richtige Verteilung der Macht zwischen den Parteien der Mehrheit ist nach der deutschen Verfassung schwer möglich, da nach ihr die

gesammelte Macht eben nur bei einem,

dem Reichskanzler, ruht und die Staatssekretäre nur als dessen ausführende Organe erscheinen. Dieses Verhältnis zwischen Reichskanzler und Staatssekretären ist freilich in einer ständigen Umwandlung begriffen in der Richtung zu einer selbständigen Verantwortlichkeit der Staatssekretäre. Aber bei dem verantwortlichen Reichsministerium, das eine regelrechte Kabinettsbildung und Ausgleichung der parteipolitischen Machtpositionen ermöglicht, sind wir noch nicht, und es ist unmöglich, die gegebene Entwicklungsstufe zu überspringen.

So ist es im höchsten Grade wahrscheinlich, daß eine außerhalb des Rahmens der Parteien und außerhalb des Reichstags stehende Persönlichkeit zum Reichskanzler ernannt werden wird. Die Reichstagsabgeordneten kennen nun einander sehr genau und wissen, was sie von diesem oder jenem ihrer Kollegen, falls er Reichskanzler würde, zu erwarten hätten. Eine ebenso genaue Kenntnis des Personenkreises außerhalb des Reichstags fehlt ihnen aber. Und auch die Presse, die sich an dem Ratespiel eifrig beteiligt, kennt natürlich die außerparlamentarischen Kanzlerkandidaten nicht so genau wie die führenden Parlamentarier, deren politische Eigenart sich in unzähligen mündlichen und schriftlichen Aeußerungen widerspiegelt. Unter solchen Umständen gestaltet sich die Kanzlersuche recht beschwerlich, und es ist zweifellos, daß die Personenkenntnis des Staatsoberhauptes an der Lösung der Krise in nützlicher Weise mitwirken könnte.

Einen Kanzler, der wie dieser Michaelis ganz

plötzlich aus der Pistole geschossen

kommt, will natürlich niemand. Nach dieser Methode läßt sich die Regierungskrise nicht lösen, wie das mißlungene Exempel klärlich zeigt. Zunächst muß sich der Kaiser bei den Abgeordneten über die gegebene parlamentarische Lage orientieren, und dann kann er in dem ihm bekannten Personenkreis einen Mann suchen, der ihm geeignet scheint. Dieser Mann wird dann, bevor er den Auftrag definitiv annimmt, mit den Parteien in Fühlung zu treten haben und sich dessen vergewissern, daß er mit seinem Regierungsprogramm auf eine tragfähige Mehrheit im Reichstag rechnen kann.

Die Parteien sollen den Kaiser in keiner Weise im Zweifel darüber lassen, was sie sachlich von dem neuen Mann erwarten. Aber die Dinge stehen nicht so, daß sie einen Mann bezeichnen könnten, der Reichskanzler werden müßte, der und kein andrer. Ein solcher Mann ist eben nicht da. Ganz abgesehen davon, daß es entschieden ein revolutionärer Akt wäre, wenn der Reichstag selber den Reichskanzler bestimmte und dem Kaiser nur das formale Recht der Ernennung überließe. Daß die Sozialdemokratie vor einem solchen Vorgehen, falls die Umstände entsprechend lägen, nicht zurückschrecken würde, darf man wohl annehmen. Aber weder liegen die Umstände so, noch liegt die Bestimmung eines Kanzlers aus eigner Macht im Rahmen des Programms, das sich die aus Bürgerlichen und Sozialdemokraten zusammengesetzte [illegible] gemacht hat.

Denkbar wäre es, daß der Kaiser die Vertreter der Mehrheitsparteien aufforderte, ihm eine ihnen geeignet erscheinende Persönlichkeit zu benennen. Einer solchen Aufforderung würden sich die Parteien dann nicht entziehen können. Aber um ihr nachzukommen, dazu wären neue Beratungen und neue Fühlungnahmen mit Persönlichkeiten, die für die Kanzlerschaft allenfalls in Betracht kommen könnten, notwendig. Uebers Knie brechen läßt sich eine solche Sache nicht.

Für eine gedeihliche Entwicklung der innern Verhältnisse dürfte es indes genügen, wenn die Ernennung des Reichskanzlers durch Zusammenwirken von Krone und Parlament erfolgt, und wenn dabei die Tatsache zur Anerkennung gelangt, daß in Zukunft nur ein Kanzler möglich ist, der das ausgesprochene Vertrauen der Volksvertretung besitzt.

Die Zahl der Männer, die als Kandidaten genannt werden, hat sich vom Montag auf den Dienstag wieder um einige vermehrt. Man nennt den Staatssekretär Dr. Solf und den Prinzen Max von Baden. Auch vom bayrischen Ministerpräsidenten Grafen von Hertling ist wieder die Rede. Nur einen Parlamentarier nennt man nicht. Und das ist auch ein Armutszeugnis, das die bürgerlichen Parteien des Reichstags sich selber ausstellen. —

*

Das Berliner Zentrumsorgan „Germania" schreibt in seiner Morgenausgabe vom Mittwoch: „Als feststehend kann heute gelten, daß dem Entlassungsgesuch des Staatssekretärs der Marine von Capelle aller Voraussicht nach keine Folge gegeben werden wird. Was die Stellung des Kanzlers angeht, so liegt die Entscheidung ausschließlich beim Kaiser, und aus diesem Grunde können alle darüber an die Oeffentlichkeit gebrachten Mitteilungen lediglich auf Vermutungen beruhen. Voraussichtlich werden die nächsten Tage die allgemein als dringend bezeichnete Klärung bringen."

*

Zu dem Kapitel der Kanzlersuche schreibt heute der „Vorwärts":

Es ist in diesem Augenblick weder bekannt, wer das Erbe des Dr. Michaelis antreten, noch mit welcher Mehrheit der Nachfolger regieren wird. Von einer gewissen Seite, deren Sprachrohr die alldeutsche „Tägliche Rundschau" ist, werden krampfhafte Versuche gemacht, eine neue

Mehrheit unter Ausschluß der Sozialdemokratie

zustande zu bringen. Zentrum und Volkspartei sollen sich zu diesem Zwecke mit Konservativen und Nationalliberalen vereinigen.

Rein parteitaktisch betrachtet, würde das Gelingen dieser Versuche für die Sozialdemokratie die Befreiung aus der schwierigsten Situation bedeuten, in der sie sich jemals befunden hat. Es ist doch eine Kinderei anzunehmen, die Partei erstrebe aus Parteiinteresse die Einführung des parlamentarischen Systems und ihre Teilnahme an der Verantwortlichkeit. Käme heute ein bürgerlicher Block zustande, der die Verantwortung übernähme und der Sozialdemokratie die angenehme Rolle der Kritikerin überließe, so wäre damit ein überwältigender Sieg der Sozialdemokratie bei den ersten Friedenswahlen gesichert.

Und doch wäre es Kurzsichtigkeit, zu wünschen, daß Michaelis im Amte bleibe oder durch einen Mann nach dem Herzen der Rechten ersetzt würde, oder daß die Mehrheit zerfiele und eine andre an ihre Stelle träte.

Im Interesse des Landes

und im Interesse des Friedens ist der Fortschritt zum parlamentarischen System und die Ernennung eines Kanzlers, der sich auf die Mehrheit des 19. Juli stützt, notwendig.

Die Sozialdemokratie ist darum bereit, alles zu tun, um die gegenwärtige Krise zu der Lösung zu bringen, die das Volksinteresse fordert. Bleibt diese Lösung aus, so wird das nicht ihre Schuld und, aus rein parteipolitischem Gesichtspunkt, auch nicht ihr Schaden sein. Sie wird dann mit dem guten Gewissen, ihre Pflicht getan zu haben, ihre alte Kampfstellung wieder beziehen und in der Opposition, wie das ihren Ueberlieferungen entspricht, die Volksinteressen weiter vertreten. In diesem Sinne erwarten sie ruhig, was aus der Gärung dieser Tage werden wird. Sie ist auf alle Fälle gefaßt, für alle Fälle bereit.

Daß Herr Michaelis sein Abschiedsgesuch eingereicht habe, ist aber bisher nicht gemeldet worden. Im Gegenteil deutet eine amtliche Nachricht darauf hin, daß vorläufig nur das vom Reichstag beschlossene Programm der Teilung der Reichsämter ohne weitere Personalveränderungen durchgeführt werden soll.

Man muß daraus nicht, kann aber daraus schließen, daß die Krise bis zum Wiederzusammentritt des Reichstags Anfang Dezember in Schwebe bleiben soll. Für diesen Fall darf man auf das weitere Verhalten der Fortschrittlichen Volkspartei und des Zentrums gespannt sein.

Die Gewerkschaften im Jahre 1916

Der ungeheure Bedarf an Menschen, den dieser Krieg erfordert, hat im Jahre 1916 einen weitern Rückgang in der Zahl der männlichen Mitglieder der Gewerkschaften verursacht. Der Ersatz, der für die im Heeresdienst eingezogenen Berufsarbeiter in die Betriebe eintritt, ist vielfach nicht gleich für die gewerkschaftlichen Organisationen zu gewinnen. Der tiefste Stand der Bewegung scheint jedoch am Ende des Jahres 1916 erreicht worden zu sein. Von da an setzt eine Zunahme der männlichen Mitglieder und damit eine Vermehrung des Gesamtmitgliederbestandes der Gewerkschaften ein.

Die der Generalkommission angeschlossenen 46 Zentralverbände (ohne die Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter) hatten 1916 im Jahresdurchschnitt 744 992 männliche, 180 895 weibliche, zusammen 925 887 Mitglieder. Gegen das Vorjahr ist ein Verlust von 199 166 männlichen Mitgliedern eingetreten, während sich die weiblichen Mitglieder um 8694 vermehrten, so daß ein Gesamtverlust von 190 472 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Das 4. Quartal 1916 weist mit 934 784 Mitgliedern die niedrigste Bestandsziffer auf. Mit dem Jahre 1917 geht es wieder aufwärts. Es betrug die Mitgliederzahl in diesem Jahr am Schluß des ersten Quartals 996 062 und am Schlusse des zweiten Quartals 1 076 493. Das ist ein Mehr von 141 709 Mitgliedern gegenüber der Schlußzahl des Jahres 1916. Beachtenswert ist, daß an dieser Zunahme auch die männlichen Mitglieder einen erheblichen Anteil haben. Es stieg ihre Zahl während des ersten Halbjahrs 1917 um 82 521, trotz des in dieser Zeit erfolgten Abgangs durch Einberufung zum Kriegsdienst. Der nach Kriegsausbruch eingetretene Rückgang an weiblichen Mitgliedern erreichte bereits am Schlusse des Jahres 1915 mit 169 907 den tiefsten Stand. Im Laufe des Jahres 1916 stieg dann die Mitgliederzahl auf 197 008, und am Schlusse des 2. Quartals 1917 hatten die Zentralverbände 256 196 weibliche Mitglieder, 42 179 mehr als vor Kriegsausbruch.

Die seit 1916 eingetretene erfreuliche Vermehrung des Mitgliederbestandes der Gewerkschaften überteigt die Er-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171025-11/fragment/page=0001

wartungen und berechtigt zu der Hoffnung, daß es trotz aller Schwierigkeiten weiter aufwärts mit der Gewerkschaftsbewegung gehen wird.

Die Hindernisse sind nicht gering. Schwer empfinden die Gewerkschaften den Verlust der Vertrauensleute, die in kleinern Orten die Zweigvereine in mühevoller Arbeit, ohne Entschädigung, aufrechterhielten. Diesem Verlust ist wohl die Verminderung der Zahl der Zweigvereine der Verbände zuzuschreiben, die von 1914 bis Jahresschluß 1916 von 11 107 auf 9868 sank, sich also um 2439 verminderte. Auch die Zahl der besoldeten Gewerkschaftsbeamten ist in den drei Kriegsjahren erheblich geringer geworden. Sie ging von Mitte 1914 bis Ende 1916 von 2867 auf 1269, um reichlich die Hälfte, zurück; 1593 Angestellte wurden bis 1916 zum Heeresdienst eingezogen. Beim Entzug so vieler Kräfte ist es schwierig, den Organisationsapparat aufrechtzuerhalten. Dabei muß immer wieder betont werden, daß die Arbeitslast der Funktionäre während des Krieges erheblich gewachsen ist. Zu der Fürsorge für die Familien der Kriegsbeschädigten, den Arbeiten bei der Reglung der Nahrungsmittelverteilung sind die durch das Hilfsdienstgesetz bedingten hinzugetreten. Die Lösung des Konflikts zwischen Unternehmern und Arbeitern erfordert heute bei der Art des Verhandlungswegs oft mehr Zeit und Arbeit als in Friedenszeiten.

Die Einnahmen der Verbände sind, wie erklärlich, während des Krieges stark zurückgegangen. Sie betrugen 1913 82 005 580 Mark, 1914 70 871 954 Mark, 1915 41 503 227 Mark, 1916 34 027 248 Mark. Aber auch die Ausgaben haben sich stark vermindert. 1914 betrugen sie noch 79 547 272 Mark, sie waren noch um 4 Millionen höher als 1913, da mit Kriegsausbruch die Gewerkschaften erhebliche Kosten an Unterstützungen zu tragen hatten. Wurden doch in diesem Jahr allein an Arbeitslosenunterstützung 23 718 902 Mark verausgabt. Das Jahr 1915 verzeichnet eine Ausgabe von 34 938 864 Mark und im Jahre 1916 betrug sie nur 30 074 048 Mark. Bedeutend zurück ging die Arbeitslosenunterstützung, und zwar von 3 485 423 Mark im Vorjahr auf 1 149 133 Mark im Berichtsjahr. Dagegen stieg die Ausgabe für Krankenunterstützung von 2 425 033 Mark auf 3 664 592 Mark. Für Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen wurden 175 529 Mark, für Unterstützung in Notfällen 303 066 Mark, für Unterstützung an Familien von Kriegsteilnehmern 5 992 064 Mark (1915 8 074 085 Mark), für Beihilfe in Sterbefällen 1 266 799 Mark verausgabt. Obschon die Verbandsorgane 1916 noch unter größern Einschränkungen als im Vorjahr erschienen, stieg die Ausgabe dafür von 1 225 165 Mark auf 1 246 201 Mark, was den erhöhten Druck- und Papierpreisen zuzuschreiben ist. Der Kassenbestand der Verbände betrug am Schlusse 1916 67 829 137 Mark, darunter fehlt jedoch das Vermögen des Metallarbeiterverbandes.

Gleich den Zentralverbänden haben auch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine im Jahre 1916 einen weitern Mitgliederverlust erlitten. Ihre Zahl ging von 61 068 im Jahre 1915 auf 57 766 im Jahre 1916 zurück. Die Gesamteinnahme betrug 1 753 387 Mark, 146 483 Mark weniger als 1915, und die Gesamtausgabe belief sich auf 1 672 232 Mark; sie ist um 186 436 Mark höher als im Vorjahr.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften berichtet, daß die Jahresdurchschnittsziffer des Mitgliederbestandes einen Rückgang von 1837 Mitgliedern aufweist. Am Jahresschluß wäre jedoch eine Mitgliederzunahme von 16 482, von 162 425 auf 178 907, zu verzeichnen. Diese Zahlen werden jedoch beeinflußt durch den im Jahre 1916 erfolgten Zutritt von zwei weitern Organisationen, den Verband der Angestellten mit 357 und den Bayrischen Postverband mit 10 874 Mitgliedern. Die Gesamteinnahmen der christlichen Gewerkschaften beliefen sich 1916 auf 3 231 432 Mark gegen 3 317 817 Mark im Vorjahr. Die Ausgaben verringerten sich von 3 505 807 Mark 1915 auf 2 901 243 Mark 1916.

Die drei Organisationsgruppen, Zentralverbände, Gewerkvereine und christliche Gewerkschaften hatten 1916 insgesamt 1 187 953 Mitglieder gegen 1 383 582 im Jahre 1915. Der Mitgliederverlust beträgt 195 629. Die Einnahmen beliefen sich auf 39 012 067 Mark, die Ausgaben auf 34 647 623 Mark. Der Kassenbestand betrug 76 652 183 Mark. Hierbei fehlt, wie schon bemerkt, der Bestand des Metallarbeiterverbandes.

In der finanziellen Leistungsfähigkeit sind die Zentralverbände den beiden andern Organisationsrichtungen weit überlegen. Diese Tatsache drückt sich nicht nur in den numerisch größern Einnahme- und Ausgabesummen aus, sondern tritt auch hervor bei dem Anteil, der auf jedes Mitglied von den Ausgaben für Unterstützung entfällt. Es verausgabten für alle Unterstützungszweige einschließlich der Ausgabe für Rechtsschutz die Zentralverbände 13 457 310 Mark oder pro Mitglied 14,08 Mark, die Gewerkvereine 88 950 Mark oder pro Mitglied 1,54 Mark, die christlichen Gewerkschaften 1 049 716 Mark oder pro Mitglied 6,02 Mark.

Die Gewerkschaften haben auch im dritten Kriegsjahr die Politik verfolgt, die sie bei Kriegsbeginn einschlugen. Sie läßt sich in die alte Formel kleiden: „Sicherung der Interessen der Arbeiterklasse." Allerdings, Voraussetzungen und Bedingungen für die Erreichung dieses Zweckes sind andre als in Friedenszeiten. Ohne Uebertreibung kann man sagen, daß der Einfluß der Gewerkschaften im Laufe des Krieges gewachsen ist. Sie haben sich damit als eine wirtschaftliche Kraft erwiesen. Daß ihr Mitgliederbestand und ihre Einnahmen um die Hälfte verringert sind als im Jahre vor dem Krieg, ist eine so selbstverständliche Erscheinung, die nicht erst erklärt zu werden braucht. Die Prüfung der Ergebnisse der Statistik zeigt, daß die Gewerkschaften nach dreijähriger Kriegsdauer ihre Aufgaben genau so zu erfüllen vermögen wie zu Kriegsbeginn. —

Was der Krieg bringt.

Neue Versenkungen.

Der Admiralstab gibt bekannt:

Neue U-Boot-Erfolge im Aermelkanal und in der Nordsee: Drei Dampfer und zwei Segler. Die drei mittelgroßen Dampfer, die alle beladen waren, wurden von einem U-Boot innerhalb 4½ Stunden aus drei gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. Die versenkten beiden Segler hatten Grubenholz für England geladen. —

* * *

Großkampftag in Flandern.

Die halbamtliche, den letzten Tagesbericht ergänzende Darstellung der Kriegslage bringt folgende Schilderung:

Der 22. Oktober gehört zu den Großkampftagen der flandrischen Schlacht und darf durch den glänzenden Sieg, den die deutschen Truppen in zähem Ringen mit dem überlegenen Gegner errungen haben, zu den Ehrentagen der deutschen Flandernkämpfer gezählt werden.

Nach 3tägiger Pause haben die Engländer wiederum rund 100 000 Mann durch den mit englischem Blute getränkten flandrischen Sumpf gegen unsre Front in den aussichtslosen Kampf getrieben. Auch Franzosen mußten sich an diesem neuen, völlig mißglückten Großangriff beteiligen.

Nach dem planmäßigen Zerstörungsfeuer der letzten Tage schwoll in der Nacht zum 22. Oktober das feindliche Feuer unter größtem Munitionseinsatz zum Trommelfeuer an und ging in den frühen Morgenstunden zum wildesten Feuerstoß über. Kurz darauf brachen englische und französische Sturmkolonnen mit starken Reserven zwischen Dranibank und Poelcapelle, nördlich Passchendaele und beiderseits Gheluwelt zum Angriff vor. Ihr Ziel lag nach aufgefundenen Befehlen 2 bis 2½ Kilometer hinter unsrer vordern Linie. Neun Divisionen waren hierzu angesetzt. In die feindlichen Massen schlug verheerend das Sperr- und Abwehrfeuer unsrer Artillerie und Maschinengewehre und mähte die Anstürmenden reihenweise nieder, während die tiefgestaffelten feindlichen Reserven von dem flankierenden Feuer der Batterien unsrer nicht angegriffenen benachbarten Fronten vernichtend gefaßt wurden.

Den im ersten Ansturm am Südrande des Houthoulster Waldes tiefer in unsre Abwehrzone eingedrungenen Gegner traf alsbald mit ungestümer Wucht der deutsche Gegenstoß, der den Feind unter schwersten Verlusten zurückwarf. Fünf Offiziere und 100 Mann fielen lebend als Gefangene in unsre Hand. Starke Reserven, die der Feind rücksichtslos hier in den Kampf warf, zerschmolzen in unserm Feuer und vermochten die Einbruchsstelle, die auf 1200 Meter Breiten an der tiefsten Stelle 300 Meter beträgt, nicht zu erweitern. Bei Poelcapelle versuchte der Gegner in mehrfachen erbitterten Angriffen, Gelände zu gewinnen. Dort wurden unsre vorderen Trichterlinien voll behauptet oder im Gegenstoß zurückerobert, während Massenangriffe beiderseits von Gheluwelt in unserm vernichtenden Feuer nicht einmal bis an unsre Hindernisse vorgetragen werden konnten.

Bis zum späten Abend dauerten die wilden Kämpfe, in denen die Engländer wiederum ungeheure Verluste erlitten, die sich dadurch noch erhöhen, daß bereits vor dem Angriff wiederholt Bereitstellungen des Gegners und dicht aufgefüllte feindliche Gräben von unserm Vernichtungsfeuer gefaßt worden waren.

Den katastrophalen Mißerfolg dieses neuen Großkampftags versuchen die Engländer der Welt dadurch zu verbergen, daß sie in ihrem Bericht vom 22. Oktober 10 Uhr 24 Min. abends die Kämpfe des Tages als kleinere Unternehmungen bezeichnen. Der Masseneinsatz der feindlichen Kräfte, die weitgesteckten Angriffsziele, die tagelange schwere Artillerievorbereitung beweisen hier aufs neue die Unwahrhaftigkeit der englischen Berichte.

Die in so vielen Großschlachten bewährte deutsche Flandernarmee hat wiederum einen vollen glänzenden Sieg errungen. —

* * *

Die Rüstungen Amerikas.

Im Berner „Bund" finden wir eine Korrespondenz aus London, in welcher Auslassungen des amerikanischen Botschafters Page wiedergegeben werden. Dr. Page hat anläßlich der Eröffnung des Neubaues am Allgemeinen Krankenhaus in der Industriestadt Leeds eine Rede gehalten, in der er, dem allgemeinen Wunsch entgegenkommend, Auskunft gab über den Stand der amerikanischen Kriegsrüstungen.

10 Millionen Männer zwischen 21 und 31 Jahren sind in die Rekrutenlisten eingetragen worden und eine weitere Aushebung wird, wenn nötig, stattfinden. In kurzer Zeit werden 1½ Millionen Soldaten zur Ueberführung nach Europa bereit sein, und Anfang des nächsten Jahres werde eine gleiche Zahl nachfolgen. An Vorschüssen hätten die verbündeten Mächte bereits 600 Millionen Lstr. (= 12 Milliarden Mark) erhalten. Obgleich Amerikas Geldmittel nicht unerschöpflich sind, seien die Vereinigten Staaten im Verein mit Großbritannien imstande, das finanzielle Gleichgewicht der Entente zu sichern.

Die amerikanischen Marineoffiziere beklagen sich darüber, daß sie nicht oft genug mit dem Feind in Berührung kommen; doch werde die Gelegenheit sich darbieten, wenn es sich darum handle, amerikanische Truppen und Kriegsvorräte nach Frankreich zu schaffen. Für den Luftdienst seien bereits 20 000 Flugmaschinen in Ausführung, und 100 000 Flieger werden ausgebildet. Maschinen und Flieger werden mit möglichster Eile bereitgestellt. Den Aussagen der Sachverständigen zufolge werde der Krieg in der Luft gewonnen werden. In diesem Falle werde der Ausgang des Krieges nicht zweifelhaft sein. Dafür wird Amerika sorgen.

Sicher ist, daß auch auf andern Gebieten die Regierung der Vereinigten Staaten die größtmögliche Anstrengung macht, den Krieg zu gewinnen. So meldet Daniels, der Marinesekretär, daß Pläne für den Bau von 787 Kriegsschiffen in Vorbereitung sind, von Superdreadnoughts bis zu Jagdschiffen gegen Unterseeboote. Die Kosten dieser Kriegsschiffe werden auf 230 Millionen Pfund Sterling (= 5¾ Milliarden Frank) veranschlagt. Die neuen Zerstörer sollen die schnellsten und furchtbarsten Kriegsschiffe ihrer Art sein. —

* * *

Bolo-Pascha.

Die Auslandspresse ist zurzeit stark beschäftigt mit einer Affäre, die in Frankreich spielt und über die das deutsche Volk leider nur wenig erfährt; es ist die Affäre Bolo-Pascha, die dem feindlichen Ausland Anlaß gibt, wieder einmal in lebhafter Entrüstung gegen Deutschland zu arbeiten.

Um was handelt es sich? Der amerikanische Staatssekretär Lansing hat neue „Enthüllungen" gemacht. Er hat einen radiotelegraphischen Depeschenwechsel zwischen dem ehemaligen deutschen Botschafter in Washington, dem Grafen Bernstorff, und dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen veröffentlicht, aus welchem der Beweis geführt werden soll, daß Bolo-Pascha neun Millionen Mark vom Auswärtigen Amt in Berlin durch Vermittlung der Deutschen Bank erhalten hat.

Am 26. Februar 1916 drahtete Bernstorff: „Habe direkte Informationen aus durchaus glaubwürdiger Quelle über eine politische Aktion erfahren, die die Organisation zur Herbeiführung der Friedens in den feindlichen Ländern zum Zwecke hat. Eine der hervorragendsten politischen Persönlichkeiten des in Frage stehenden Landes sucht eine Anleihe von 1 700 000 Dollar in Neuyork aufzunehmen, für welche Sicherheit gegeben werden wird. Es ist mir nicht erlaubt, den Namen dieser Persönlichkeit schriftlich mitzuteilen." Jagow gab seine Zustimmung, aber nur unter der Bedingung, daß die Friedensaktion ein ernstes Unternehmen ist, und bemerkt noch besonders: „Wenn feindliches Land Rußland ist, befassen Sie sich nicht mit dieser Angelegenheit, denn genannte Summe wäre zu gering, um auf dieses Land irgendwie ernsthafte Wirkung ausüben zu können. Ebenso im Fall Italien, wo es sich nicht lohnen würde, so viel Geld auszugeben."

Auf eine Ankündigung Bernstorffs, daß eine Person mit einem Paß auf den Namen Saint Régis zur Anknüpfung von Beziehungen mit dem deutschen Auswärtigen Amt auf der deutschen Gesandtschaft in Bern erscheinen werde, drahtet Jagow: „Die in Ihrem Telegramm vom 20. März angekündigte Person hat auf unsrer Berner Gesandtschaft noch nicht vorgesprochen. Haben Sie etwas Neues über Bolo?"

Ergänzt wird dieser Depeschenwechsel durch die Aussagen des Direktors der Neuyorker Bank Amsink & Ko., von Havenstedt, der den Mittelsmann zwischen Bernstorff und Bolo gespielt hatte und bei seiner Vernehmung durch den amerikanischen Justizminister folgendes aussagte: Er habe, als Bolo ihm seine Geldnot klagte, ihn auf den deutschen Botschafter aufmerksam gemacht und nach empfangenem Auftrag sich mit Bernstorff in Verbindung gesetzt, der ihn nach Washington beschied und ihm hier erklärte: „Es wäre eine große Sache für uns Deutsche, wenn wir den Ton der öffentlichen Meinung in Frankreich ändern und sie in naher Zukunft zu einer friedlichen Lösung bestimmen könnten." Etwas später sei Bernstorff nach Neuyork gekommen und habe in Ritz' Hotel mitgeteilt, die Sache sei zu wichtig, um sie zu verabsäumen, und er habe sich deshalb entschlossen, das Geld vorzustrecken. Bolo erhielt darauf von Havenstedt das Geld und überreichte ihm einen Brief, worin er versicherte, daß er als Garantie für die Rückgabe alle seine Aktien des Pariser „Journal" bei einer Bank deponieren werde. Der Generalstaatsanwalt des Staates Neuyork, Morton Lewies, fügt hinzu, daß Graf Bernstorff während des Krieges im ganzen 250 Millionen Frank bekommen habe und wirft die Frage nach der Verwendung dieses Geldes auf.

Diese Dokumente wurden in Gustave Hervés „Victoire" vom 9. Oktober veröffentlicht und erregten in Frankreich und über dessen Grenzen hinaus ungeheures Aufsehen. Zunächst fragt es sich natürlich, was an der ganzen Geschichte Wahres ist. Dazu wird von zuständiger Seite bekanntgegeben: „Die Persönlichkeit Bolo-Paschas ist dem Grafen Bernstorff in Washington nicht bekannt gewesen, ja nicht einmal der Name. Ferner steht fest, daß die vermittelnden Bankleute diesen niemals erwähnten, und daß der Passus in dem von Lansing veröffentlichten angeblichen Telegramm des Staatssekretärs v. Jagow an den Grafen Bernstorff, der da lautet: „Haben Sie etwas Neues über Bolo" ein falscher ist.

In Frankreich begann sofort nach der Veröffentlichung der Dokumente eine Jagd nach dem Schuldigen. Auch in Italien hat der Bolo-Skandal eine gewaltige Erregung hervorgerufen, weil auch italienische Politiker in ihn verwickelt sein sollen. Zurzeit ist in Rom eine französische Untersuchungskommission tätig.

Mit den neusten „Enthüllungen" hat die Entente wieder einmal versucht, die nach Frieden schmachtenden Völker für den weitern Krieg aufzupeitschen. Erfolg wird sie damit schwerlich haben; dazu ist auch in den Vierverbandsländern die Kriegsmüdigkeit zu groß. —

* * *

Beamte und Vaterlandspartei.

Der preußische Minister des Innern hat sich in einem Erlaß vom 1. Oktober mit der Stellung der Beamten zur Vaterlandspartei beschäftigt und darin entschieden, „daß den Beamten meines Ressorts, insbesondere den politischen Beamten wie jedem andern Staatsbürger, der Beitritt zu

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171025-11/fragment/page=0002

dieser Partei freistehe, daß es aber unerwünscht sei, wenn sie in Wort und Schrift für ihre Bestrebungen einträten".

Nach einer Meldung der „Kreuzzeitung" soll nun auch der Kultusminister diesen Erlaß übernommen haben. Dies wird jedoch von zuständiger Seite als unzutreffend bezeichnet. Das genannte Blatt spricht die Ansicht aus, daß der Erlaß nicht aufrechterhalten bleiben könne, und sagt u. a.: Die Regierung müsse sich anders zu den Parteien stellen, deren Bestrebungen sich mit den ihren decken, als zu denen, die sich in gegenteiliger Richtung betätigen.

Das ist der bekannte konservative Standpunkt, wonach die Beamten für die Politik der Konservativen zu wirken haben, währenddem sie amtlich, wie außeramtlich alle andern Parteien bekämpfen müssen. —

* * *

Die Verschleppung der Wahlreform.

Die reaktionären Parteien haben allem Anschein nach ein ganzes umfassendes Verschleppungsprogramm aufgestellt, um die Erledigung der Wahlreform zu verzögern. Zunächst soll im Abgeordnetenhaus, wie schon mitgeteilt, die Frage der Volksernährung sowie die der Kohlenversorgung auf das gründlichste erörtert werden. Dann erst würde mit ebenso großer Gründlichkeit an die Wahlreform heranzutreten sein.

In der „Liberalen Correspondenz" wird nun von einem Abgeordneten der Fortschrittlichen Volkspartei über neue künstliche Hindernisse geschrieben. Danach sollen das Wahlrecht zum Preußischen Abgeordnetenhaus die Zusammensetzung der Ersten Kammer, die Wahlkreiseinteilung, die Verstärkung der Etatsrechte des neuen Herrenhauses, vielleicht sogar die Reform der Handelskammern in ein Mantelgesetz zusammengefaßt werden, so daß eins von den andern nicht mehr zu trennen ist. Diejenigen Parteien, die das gleiche Wahlrecht wollen, sollen dadurch gezwungen werden, ein reaktionäres Herrenhaus und andres mit in den Kauf zu nehmen. Da nun diese Fülle von Entwürfen und Paragraphen auch noch einer einzigen Kommission zur Beratung zugewiesen werden soll, so kann es nach Ansicht des Verfassers Herbst 1918 werden, ohne daß die Vorlage fertig sei. Und dann kommt erst das Herrenhaus an die Reihe, um seinerseits die Vorlagen zu beraten.

Es wird mehr und mehr Sache der Reichstagsmehrheit, die preußische Wahlrechtsreform in Fluß zu bringen durch geeigneten Druck auf die Reichsregierung. —

* * *

Arbeit schändet nicht.

Da viele Millionen Arbeiter im Felde stehen und somit der Arbeit daheim entzogen sind, so müssen alle noch verfügbaren Kräfte herangezogen werden, um das Wirtschaftsgetriebe aufrechterhalten zu können. Frauen, Jugendliche und auch Kinder müssen angestrengte Erwerbsarbeit leisten, bei Herstellung von Munition, in der Industrie, Verkehr und Landwirtschaft. Die Opfer an Gesundheit und Leben, die Frauen und Mädchen hierbei bringen, sind nicht gering; in ihrer ganzen Größe werden sie sich erst nach Beendigung des Krieges feststellen lassen.

Pflicht und Not zwingt die Angehörigen des Arbeiterstandes, gefahrvolle Arbeit auf sich zu nehmen. Die gezahlten Kriegsunterstützungen sind zu gering, um bei der herrschenden Teurung davon leben zu können. Kriegerwitwen müssen dem Verdienst nachgehen, wenn sie nicht verhungern wollen; denn von 400 Mark Hinterbliebenenrente kann keine Frau leben. Aber auch die meisten Kriegerfrauen, von denen viele den Ehemann und erwachsene Söhne im Felde haben, müssen zur Erwerbsarbeit greifen, wenn es zur Bestreitung des Lebensunterhalts reichen soll. Ob daheim die Wirtschaft verlottert und die erziehungsbedürftigen Kinder der leitenden und schützenden Hand der Mutter entbehren, danach wird nicht gefragt. Die satte Moral und auch die bürgerliche Presse begnügt sich damit, die Verrohung der Arbeiterjugend zu dokumentieren und strenge Maßnahmen dagegen zu fordern.

Sucht eine Kriegerfrau um ein paar Mark Unterstützung nach, da wird ein peinliches Verhör angestrengt, warum sie nicht auf Arbeit geht; alle Register werden dabei gezogen, um sie so weit zu bringen, daß sie anstatt Unterstützung — Arbeit nimmt. Kinderhorte sind eingerichtet worden, damit ja die Arbeiterfrau in die Fabrik gehen kann. Das Vaterland fordert, daß alle dazu Fähigen Arbeit leisten.

Wenn dies wirklich der Fall ist, dann soll man doch die Arbeitspflicht einführen, aber für alle, ohne Unterschied des Vermögens und der Klassenzugehörigkeit. In jeder größern Stadt gibt es tausende Bürgertöchter, die im Nichtstun die Zeit verbringen. Arbeit shändet nicht! Wird die Arbeit so nötig gebraucht, so stecke man doch auch die Bürgertöchter in die Munitionsfabriken oder dorthin, wo sonstige Heeresarbeit geleistet wird, und halte sie dort zum Arbeiten an.

Wenn schon, denn schon! Auch viele Bürgerfrauen sind abkömmlich, zum mindesten so gut wie die Arbeiterfrauen. Werden die Arbeiterfrauen durch Höherhängen des Brotkorbs zur Arbeitsleistung gezwungen, dann keine Ausnahmen gemacht, sondern alle herangeholt und alle fühlen gelassen, wie anstrengend Arbeit schmeckt. —

* * *

Güter-Kettenhandel.

Das „Laubaner Tageblatt" schreibt: „Dieser Tage wurde das 300 Morgen große Freigut in Nieder-Thiemendorf von dem Fabrikbesitzer Friese in Kirchau i. Sa. erworben. Das Gut wurde von dem ursprünglichen Besitzer Hübner im Jahre 1902 für 100 000 Mark an seinen Schwiegersohn verkauft. Dieser trat es im Jahre 1913 an den Besitzer Reuleaux aus Wilhelmsdorf am Gröditzberge für 135 000 ab, verdiente also daran 35 000 Mark. Reuleaux behielt das Gut bis zum Herbste 1916 und verkaufte es dann mit einem Gewinn von 23 000 Mark für 158 000 Mark an den Besitzer Adolf Richter. Richter hatte das Gut noch nicht ganz ein Jahr im Besitz, als es für 170 000 Mark in das Eigentum des Fabrikbesitzers Friese in Kirschau (Besitzer des Rittergutes Logau) überging. Richter hatte mithin in knappe einem Jahre an dem Gute 12 000 Mark verdient. Die Wertsteigerung des Gutes betrug in einem Zeitraum von 15 Jahren 70 Prozent."

Je höher die Güterpreise, um so höher müssen natürlich die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse stehen, wenn die Landwirte nicht „notleidend" werden sollen. Je höher aber die Preise für Agrarprodukte festgesetzt werden, um so mehr steigen die Güterpreise. Das ist die famose Schraube ohne Ende. —

* * *

Notizen.

Das Schicksal des Zeppelin. Das Amsterdamer „Handelsblad" meldet: Der Zeppelin, der in Montigny eine Gondel mit 16 Mann verlor und mit vier Mann an Bord weitergetrieben wurde, ist in der Schweiz niedergegangen. Die vier Insassen wurden dort erfroren aufgefunden. —

*

Einschränkung des Strafregisters. Zu einer einschneidenden Maßnahme sind die Justizbehörden in Preußen gemäß den Ausführungsbestimmungen des Justizministers zur Bundesratsverordnung vom 6. September d. J. übergegangen. In Zukunft sollen vom Vermerk im Strafregister folgende Fälle ausgenommen werden: Alle Verurteilungen wegen Vergehen, bei denen der Rückfall nicht mit besonderer Strafe bedroht ist, wenn nur auf einen Verweis oder auf Geldstrafe nicht über 50 Mark allein oder in Verbindung mit andern Strafen erkannt ist; ferner alle Verurteilungen in den Privatklagen verhandelten Sachen, in Forst- und Feldrügesachen, wegen Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle und wegen bestimmter militärischer Verbrechen und Vergehen. Es werden also sämtliche Geldstrafen bis zu 50 Mark nicht mehr im Strafregister vermerkt werden. —

*

Aus dem Preußischen Abgeordnetenhaus. Am Dienstag machte der sozialdemokratische Vertreter in der Staatshaushaltskommission des Preußischen Abgeordnetenhauses den Versuch, wenigstens, soweit die Fragen der Kohlenversorgung in Betracht kommen, die Aufhebung des am Freitag gefaßten Beschlusses, der die strengste Vertraulichkeit der Verhandlungen vorsieht, durchzusetzen. Hue wies auf die außerordentliche Wichtigkeit gerade der Kohlenfrage und auf das Beispiel der Landtage von Sachsen und Bayern sowie des Reichstags hin, die sämtlich über die Kohlenfrage in vollster Oeffentlichkeit verhandelt haben. Es war vergeblich: die Mehrheit stimmte auch diesmal für Beibehaltung der strengsten Vertraulichkeit. Nur der eine polnische und die beiden fortschrittlichen Vertreter stimmten mit dem Genossen Hue. —

*

— **Weitere Einschränkungen im Eisenbahnverkehr.** Die „Sächsische Staatszeitung" kündigt weitere Verkehrseinschränkungen, allem Anschein nach die Einführung der Erlaubnispflicht für Eisenbahnfahrten, an. Sie schreibt halbamtlich, daß die Erhöhung der Schnell- und Eilzugzuschläge die erwartete Wirkung nicht gezeitigt habe. Man werde sich künftig an ein gänzlich verändertes Verkehrsbild auf den Bahnhöfen gewöhnen müssen. Jede überflüssige Eisenbahnfahrt müsse unterbleiben. Von der Verkehrsbeschränkung werden Militär- und Zivilpersonen in gleichem Maße betroffen. Es sei bereits in diesen Tagen eine militärische Urlaubssperre in Kraft getreten, die bis über Weihnachten hinaus aufrechterhalten werden solle, und voraussichtlich erst im Frühjahr 1918 aufgehoben werden würde, wenn nicht in der Zwischenzeit eine Wendung der Dinge andres gebiete. Der Urlaubverkehr an Sonnabenden und Sonntagen, der einen großen Umfang angenommen und einen bedeutenden Kohlenverbrauch zur Folge gehabt habe, werde eingeschränkt werden, ebenso werde weiter vermieden werden müssen, daß eine Massenfahrt der Angehörigen nach den Garnisonsorten stattfindet. Darum würden weitere Einschränkungen für den zeitlichen Verkehr unerläßlich sein. —

*

— **Die Gemüsenot.** Ueber die Aussichten der Gemüseversorgung machte Oberregierungsrat v. Tilly, der Leiter der Reichsstelle für Gemüse und Obst, am Dienstag den Berliner Pressevertretern einige Mitteilungen. Die jetzt wieder schlechter gewordene Versorgung mit Gemüse werde etwas besser werden, weil nach Beendigung der Kartoffelernte die Eisenbahnverwaltung mehr Wagen zur Gemüsebeförderung verfügbar habe. Die Besserung werde aber nur kurze Zeit dauern; denn im ganzen fehle es an einer für den außerordentlich großen Bedarf ausreichenden Gemüsemenge, weil die deutsche Ernte größtenteils sehr zu wünschen übrigläßt. Sie sei bei Weißkohl im Osten gut, im Süden schlecht, im Norden teils gut und teils mittelmäßig, in der Pfalz eine völlige Mißernte; für Rot- und Wirsingkohl im ganzen unter mittelmäßig, für Möhren im allgemeinen gut, für Zwiebeln im ganzen Reiche schlecht. Klagen der Gemeindeverwaltungen über Nichteinhaltung von Lieferungsverträgen seien im allgemeinen unbegründet, abgesehen von Schlesien, wo Mißernte die Einhaltung oft unmöglich mache. Herr v. Tilly glaube, daß er am System der Lieferungsverträge festhalten wird, doch hat er noch keine Entscheidung getroffen. Wegen des schlechten Ausfalls der Gemüseernte ist er nicht abgeneigt, die reichlichere Kohlrübenernte zu erfassen und dem Frischmarkt zuzuführen. —

*

Eine Rede Hertlings. In der Kammer der Abgeordneten ergriff Ministerpräsident Graf Hertling das Wort zu Darlegungen über die politische Lage, bei denen er ausführte: Wirklich näher gekommen sind wir dem Frieden, soweit wir sehen können, um keinen Schritt. Sicher ist, daß nunmehr die Maske gefallen ist, und es steht fest, daß die Schuld an der Fortsetzung des Krieges ganz und ausschließlich auf die Alliierten fällt. Sobald Deutschlands Existenz, die Sicherheit seiner Grenzen, seine freie und friedliche Entwicklung gewährleistet sind, sind wir zum Frieden bereit, aber selbstverständlich darf kein Fußbreit deutschen Bodens preisgegeben werden. —

*

Revolution und Gegenrevolution. Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur hat der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat die Schaffung eines besonderen revolutionären Generalstabs zur Verteidigung der Hauptstadt beschlossen. —

Ribot ausgeschifft! Die französische Kabinettskrisis hat ihr vorläufiges Ende mit dem Rücktritt Ribots, des Ministers des Auswärtigen, gefunden. An seine Stelle tritt Barthou, der von den Sozialisten ebenso scharf bekämpft wird wie Ribot in der letzten Zeit. —

*

Die russische Ostseeflotte. Der Stockholmer Korrespondent der „Chicago Tribune" sandte nach von Rußland erhaltene angeblich zuverlässigen Nachrichten seiner Zeitung ein Telegramm folgenden Inhalts: „Da die russische Flotte bedroht ist, im Finnischen Meerbusen eingeschlossen zu werden, habe sie Befehl erhalten, sich in den Bottnischen Meerbusen zu begeben. Wahrscheinlich befindet sich die russische Flotte bereits auf dem Wege dorthin, um weiterer Verfolgung zu entgehen. Die Russen beschlossen, sich nach der schwedischen Seite des Bottnischen Busens zu begeben, um sich bis Kriegsschluß internieren zu lassen. Da in schwedischen Regierungskreisen wenig Neigung bestehe, weitere 30 000 Russen zu ernähren, beabsichtigt man dort, falls diese Voraussetzung eintritt, die Mannschaften zurückzusenden und die Schiffe zu internieren." — (Eine Bestätigung dieser amerikanischen Meldung bleibt natürlich abzuwarten.) —

*

Englische Schiffsverluste. In London wird amtlich bekanntgegeben: Bei dem Luftangriff am Freitag wurden insgesamt 34 Personen getötet und 56 verwundet. Ein Torpedobootszerstörer ist infolge eines Zusammenstoßes gesunken. 2 Offiziere und 21 Mann wurden gerettet. Der Hilfskreuzer „Drama", 12 327 Brutto-Register-Tonnen, wurde am 19. Oktober torpediert und ist gesunken. Keine Menschenverluste. —

*

Reichstagsabgeordneter Gräfe gestorben. In der Nacht zum Dienstag ist in Bischofswerda der Reichstagsabgeordnete Heinrich Gräfe, Angehöriger der deutschkonservativen Partei, Vertreter des 3. sächsischen Wahlkreises seit 1893, gestorben. Gräfe war in Bischofswerda Vorsteher des Stadtverordnetenkollegiums und Begründer der ortigen Blumenindustrie. —

* * *

Deutscher Erfolg gegen Italien.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 24. Oktober 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern drängten unsre Truppen durch Gegenangriff den Feind völlig aus dem in unsrer Abwehrzone noch besetzten Streifen am Südrande des Houthoulster Waldes zurück; Gefangene blieben in unsrer Hand.

Im Kampfgelände von Draaibank bis Zandvoorde nahm nachmittags das Feuer wieder erheblich zu; neue Angriffe erfolgten nicht.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Die Franzosen begannen gestern in zwei Teilen einen großen Angriff am Chemin des Dames von dem Ailettegrund nördlich von Vauxaillon bis zur Hochfläche nördlich von Paissy (25 Kilometer).

Dieu vermutlich südlich des Oise-Aisne-Kanals sich entwickelnden Kämpfe führten zu schwerem, wechselvollem Ringen zwischen der Ailette und den Höhen von Ostel. Der frühmorgens gegen unsre durch sechstägiges heftigstes Feuer zerstörten Linien anstürmenden Feind fand starken Widerstand und kam wegen schwerer Verluste nicht vorwärts. Erst einem späteren, nach neuer Feuervorbereitung geführten und durch zahlreiche Panzerwagen unterstützten Stoße frischer französischer Kräfte von Westen her auf Allemant, von Süden auf Chavignon gelang es, in unsre Stellungen einzubrechen und bis zu diesen Dörfern vorzudringen. Dadurch wurden die dazwischen liegenden Stellungen unhaltbar.

Bei der Zurücknahme der Truppen aus den in der Front zähe gehaltenen Linien mußten auch vorgezogene Batterien gesprengt und dem Feinde überlassen werden. Die Franzosen drängten scharf nach, doch wurde durch das Eingreifen unsrer Reserven der feindliche Stoß südlich von Pinon, bei Bandesson und dem hart umkämpften Chavignon aufgefangen; weitere Fortschritte blieben dem Gegner versagt.

Die gleichzeitig auf der Hochfläche beiderseits des Gehöfts La Royère (südlich von Filain) angesetzten Angriffe mehrerer französischer Divisionen scheiterten trotz wiederholten Ansturms unter den schwersten Verlusten.

Abends schritt nach mehrstündigem Trommelfeuer der Feind zwischen Braye und Ailles zum Angriff. Zweimal stürmten dort seine Truppen tiefgegliedert vor; im Abwehrfeuer und stellenweise in erbittertem Nahkampf brach an dieser Front der Stoß der Franzosen völlig zusammen.

In östlichen Kämpfen setzte sich die Schlacht bis tief in die Nacht fort; sie ist bisher nicht wieder aufgelebt.

Unsre Truppen haben sich heldenmütig geschlagen.

Auf dem östlichen Maasufer spielten sich tagsüber südwestlich von Beaumont Grabenkämpfe ab.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen dem Rigaischen Meerbusen und der Düna nahmen wir in den Nächten bis zum 22. Oktober ohne Störung durch den Feind unsre in breiter Front vor die Hauptstellung weit vorgeschobenen Sicherungstruppen zurück, die in erfolgreichen Gefechten den Russen den Einblick in unsre Hauptstellung seit Anfang September verwehrt hatten.

Mazedonische Front:

Lebhaftere Artillerietätigkeit nur westlich des Ohridasees und von Barbar bis Dojran, wo Vorstöße der Engländer abgewiesen wurden.

Italienische Front.

Die Gefechtstätigkeit in Tirol, Kärnten und am Isonzo ist merklich aufgelebt. Deutsche Artillerie hat in den Feuerkampf eingegriffen, deutsche und österreichisch-ungarische Infanterie hat heute morgen bei Flitsch, Tolmein und im Nordteil der Hochfläche von Bainsizza die vordersten italienischen Stellungen genommen.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171025-11/fragment/page=0003

Eine Kundgebung für den Verständigungsfrieden.

Im alten Gürzenichsaal in Köln fand am Sonntag nachmittag eine stark besuchte Kundgebung für den Verständigungsfrieden statt, die vom Sozialdemokratischen Verein und der Organisation der Fortschrittler einberufen worden war. Reichstagsabgeordneter Wiemer bezeichnete die Regierung des Herrn Michaelis als eine große Gefahr, da sie die deutschen Arbeitermassen abstoße; Scheidemann habe auf dem sozialdemokratischen Parteitag eine deutliche Warnung ausgesprochen. Wir könnten keinen Lenker der Reichsgeschicke brauchen, der erst „Reichskanzler lernen" müsse. (Stürmische Zustimmung.) Auch für die Nationalliberalen sei seine Kanzlerschaft unmöglich geworden, und sie werde bald zu Ende sein. Käme es zu einer Reichstagsauflösung und zu Neuwahlen, dann würden alle reaktionären Volksfeinde ihr blaues Wunder erleben. (Stürmischer Beifall.) Die demokratische Welle wachse unaufhaltsam, und werde schließlich alle Hindernisse beseitigen. Redner wandte sich dann scharf gegen die alldeutsche Reichstagshetze. Die Kundgebungen des Reichstags hätten die Friedensstimmung bei den Gegnern gefördert. Die Vaterlandspartei zerreiße mit ihrer verwüstenden und verleumderischen Agitation die innere Einheit. Das ganze Volk müsse gegen eine Verschleppung der preußischen Wahlrechtsreform auftreten!

Reichstagsabgeordneter Genosse Keil, der nach Wiemer sprach, bezeichnete es als dreiste Anmaßung, wenn eine Gruppe von Kriegstreibern die Vaterlandsliebe in Erbpacht nehmen wolle. Der Traum der Herrschaften von einem „Schwertfrieden" weise unsrer Kraft eine unlösbare Aufgabe zu. Keil zerpflückte unter starken Beifallskundgebungen die Einzelheiten des annexionistischen Programms, und gab ein großzügiges Bild des kommenden deutschen Wiederaufbaues. Die Regierung müsse sofort klarheit in der belgischen Frage schaffen, und mit aller Entschiedenheit die Alldeutschen abschütteln, sonst müsse sie verschwinden. Die sozialdemokratische Partei werde sich mit der Durchführung der Demokratie nicht über den Winter hinaus vertrösten lassen. (Stürmischer Beifall.)

Die Versammlung nahm einmütig eine entsprechende Entschließung an, die u. a. die sofortige Einführung des preußischen Wahlrechts fordert.

Das Zentrum hatte eine Einladung, an der Kundgebung teilzunehmen, „aus prinzipiellen Gründen" abgelehnt. Die „Köln. Volksztg." schrieb dazu, das Zentrum könne sich „an sozialdemokratischen Kundgebungen" nicht beteiligen! —

* * *

Dauerndes Nachtbackverbot.

Der Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen hat gemeinsam mit den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Bäckereiarbeiter-Organisationen dem Bundesrat und Reichsamt des Innern in einer Eingabe „den einmütigen Wunsch aller Berufsangehörigen der deutschen Bäckerei und Konditorei, sowohl der Arbeitgeber als der Arbeitnehmer, das schon lange in Aussicht gestellte dauernde Nachtbackverbot bereits jetzt zu erlassen" unterbreitet. Begründet wird der Wunsch durch die Tatsache, daß auch die anfänglichen Gegner des Nachtbackverbots in den Unternehmerkreisen durch die Erfahrungen des Krieges zur Erkenntnis kamen, daß der Backprozeß durch die Tagesarbeit in hygienischer Beziehung nur gewinnt.

Es wird ferner in der Eingabe darauf hingewiesen, daß die Beantwortung dieser Schicksalsfrage für die Bäckerei nicht mehr weiter hinausgeschoben werden kann, da die Großbetriebe für ihre Pläne des Weiterbaues nach dem Kriege sich in ihren Berechnungen darauf einzustellen haben und auch die kleinen Betriebe und die Arbeiter wissen müssen, woran sie sind. Die Eingabe erwähnt noch einmal das Abstimmungsergebnis der Umfrage, die natürlich nur so weit umfassend sein konnte, als den Verbänden Feldadressen zur Verfügung standen. Es beteiligten sich 11 150 Gesellen und 3826 Meister, zusammen 14976 feldgraue Berufsangehörige; von allen diesen stimmten nur 88 gegen die gesetzliche Beseitigung der Nachtarbeit, 167 wollten den Erlaß einer Verordnung bis zum Kriegsende aufgeschoben wissen. —

Gegen den Schleichhandel.

Die volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamts hat an alle Preisprüfungsstellen einen Aufruf gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Wie vor Jahr und Tag der Kettenhandel, so ist jetzt der Schleichhandel in den Mittelpunkt aller kriegswirtschaftlichen Störungen und Gefahren gedrückt. Es ist die größte Volksseuche dieses Weltkriegs geworden. . . . Der volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamts ist es für ihre ständigen Arbeiten zur Verfolgung von Schleichhandelsfällen und zur grundsätzlichen Bekämpfung dieser Erscheinung dringend vonnöten, über alle Beobachtungen und Vorschläge auf diesem Gebiet, die in der praktischen Arbeit und Beratung der Preisprüfungsstellen zutage treten, rasch und genau unterrichtet zu werden. Wir bitten alle Organisationen und Personen, die darüber Material zur Verfügung stellen können, dieses unverzüglich einzusenden. . . Jede Einzelheit ist wichtig. Die ganze Masse der Erfahrungen muß verwendet werden!"

Um dem Schleichhandel nachdrücklich zu begegnen, ist in Sachsen auf Anordnung des Ministeriums des Innern vom sächsischen Landes-Lebensmittelamt dem Kriegswucheramt eine Abteilung angegliedert worden, deren Tätigkeit lediglich die Bekämpfung des ausgedehnten Schleichhandels bezweckt. In erster Linie soll sich die Tätigkeit der „Schleichhandelsrevisionen" den immer mehr überhandnehmenden Geheimschlächtereien zuwenden. Auch auf den immer noch blühenden Schleichhandel mit Butter werden die Revisoren der Schleichhandelsstelle ihr besonderes Augenmerk richten. Die bei den Revisionen ermittelten Waren fallen, soweit es sich um rationierte Waren handelt, unter allen Umständen der Beschlagnahme anheim. —

* * *

Trocknung von Rübenblättern und Kartoffelkraut.

Die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Straße 29/31, gibt bekannt, daß sie für getrocknete Rübenblätter, Rübenköpfe und Rübenschwänze, die bis zum 15. Januar 1918 geliefert werden, einen Preis von 450 Mark und für künstlich getrocknetes Kartoffelkraut, das bis zum 15. Dezember 1917 geliefert wird, einen Preis von 400 Mark für 1000 Kilo ohne Sack waggonfrei Verladestation bezahlt. Die Zahlung setzt das Vorliegen bestimmter Bedingungen hinsichtlich Beschaffenheit und Gehalt der Ware voraus. Es empfiehlt sich, eine Niederschrift der einschlägigen Bestimmungen bei der Bezugsvereinigung anzufordern. —

Amtliche Bekanntmachungen.

Die Händler, welche gewerbsmäßig Milch in Halle abgeben, werden angewiesen, die Abschnitte der neuen Ausweiskarten zum Einkaufe von Vollmilch von den bei ihnen angemeldeten Kunden **sobald als möglich, spätestens bis Sonnabend den 27. Oktober 1917,** gebündelt **dem Stadternährungsamt, Abteilung 11, Marktplatz 22, Zimmer 35,** einzureichen.

Die Ablieferung der Kontrollabschnitte hat **künftighin spätestens innerhalb 5 Tagen** zu erfolgen.

Halle, den 24. Oktober 1917. **Der Magistrat.**

In Abänderung der Bekanntmachung vom 3. Oktober 1917 werden die hiesigen **Krankenanstalten** aufgefordert, künftig am 10. und 25. eines jeden Monats den Bedarf an Eiern **für die Kranken** für die folgende Monatshälfte unter Angabe der Zahl der Kranken im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, **schriftlich anzumelden.** Die Anmeldung für die Zeit vom 1. bis 15. November 1917 hat nunmehr **binnen 3 Tagen** zu erfolgen.

Eine direkte Belieferung durch die Provinzialeierstelle Magdeburg findet nicht mehr statt; Anmeldungen bei dieser werden daher nicht berücksichtigt.

Halle, den 24. Oktober 1917. **Der Magistrat.**

Die hiesigen Einwohner, die im Jahre 1918 ein Wandergewerbe beginnen oder fortsetzen wollen, können die **Ausfertigung der Wandergewerbescheine** von heute an im Polizeiverwaltungsbureau, Dreihauptstraße 6, Zimmer 94, beantragen. Es empfiehlt sich, persönlich zu erscheinen. Der letzte Wandergewerbeschein ist vorzulegen. Ferner ist ein **unaufgezogenes,** deutliches Lichtbildbild des Antragstellers aus letzter Zeit in Visitenkartengröße — der Kopf soll mindestens 1½ Zentimeter groß dargestellt sein — mitzubringen.

Nach § 450 der Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911 haben die Wandergewerbetreibenden die in ihren Betriebe beschäftigten Personen bei der Landkrankenkasse des Ortes als Mitglieder anzumelden und dabei die Beiträge für die Zeit bis zum Ablauf des Wandergewerbescheins oder mit Erlaubnis des Kassenvorstandes für kürzere Zeit im voraus zu entrichten. Ueber die gezahlten oder gestundeten Beiträge hat die Krankenkasse eine Bescheinigung **unter Angabe des Grundlohns und des Wochenbeitrags** auszustellen, **die bei der Beantragung des Wandergewerbescheins mit vorgelegt werden muß.**

Für den Stadtkreis Halle kommt die Allgemeine Ortskrankenkasse in Frage.

Ohne die Bescheinigung über Zahlung oder Stundung der Krankenkassenbeiträge kann der Antrag auf Ausstellung eines Wandergewerbescheins, in den Begleiter eingeschrieben werden sollen, nicht an den Bezirksausschuß weitergegeben werden.

Halle, den 22. Oktober 1917. **Die Polizeiverwaltung.**

Durch Bekanntmachung des Königl. Kriegsministeriums vom 10. Oktober 1917 — Nr. E. 5048 K.R.A. — ist eine Beschlagnahme und Bestandserhebung von Stab-, Form- und Monieren-Eisen, Stab- und Formstahl, Blechen und Röhren aus Eisen und Stahl, Grauguß, Temperguß, Stahlguß verfügt worden. Die Bekanntmachung ist in den amtlichen Zeitungen und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 20. Oktober 1917.

Stellvertretendes Generalkommando 4. Armeekorps.
Für den Chef des Stabes
Kaufmann,
Major d. Ref.

Stadt-Theater.

Freitag den 26. Oktober
Anfang 7½ Uhr Ende 10¼ Uhr

Prinz Friedrich von Homburg

Schauspiel von Kleist.

Sonnabend: **La Terra Padrona.**
Hierauf: **Der zerbrochene Krug.**

Spielwaren jeder Art 336
— Ausstellung 1. Etage —
in unserm Kaufhaus
H. Elkan, Leipziger Straße 87.

Buchhandlung der Volksstimme

Fernsprecher 5407 **HALLE** Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit — Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau. Einzelnummer **10** Pf.

In Freien Stunden — Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von **15** Pf.

Der Wahre Jacob — illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, einzelne Nummer **10** Pf.

Berliner Illustrierte Zeitung — Einzelnummer **10** Pf.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek — herausgegeben unter Leitung von Dr. med. **Zadek.** Ca. 50 verschiedene Bändchen à **20** Pf.

Dokumente zum Weltkrieg — bearbeitet von Eduard Bernstein.

Reichhaltige Roman-Bibliothek — der beliebtesten Autoren.

Für die Schneiderei:

Modenzeitung Frauenzeitung . Praktische Damenmode Hausschneiderei Sonntagszeitung Deutsche Modenzeitung.

Wollene Kleider- und Kostümstoffe
Mäntelstoffe — Anzugstoffe — Samte — Manschester
336 finden Sie noch in großer Auswahl
im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 87.

Zetsch.
Gasthof zur Reichshalle
Sonntag den 28. Oktober
Kirchweihfest.
Abends von 8 Uhr an
Wohltätigkeits-Konzert
ausgeführt vom Gesangverein Arbeiter-Sängerchor Hohenmölsen.
Zu zahlreichem Besuch laden freundlichst ein:
Der Wirt. Der Vorstand.

Füßlinge
in schwarz und braun bei
H. Elkan, Leipziger Straße 87.

Kochkisten
sind wieder eingetroffen
bei 199
C. F. Ritter,
90 Leipziger Straße 90.
5 Prozent Rabattsparmarken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171025-11/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 126. Halle, Donnerstag den 25. Oktober 1917. 1. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 25. Oktober 1917.

Für die Heimkehrenden.

Die nach Friedensschluß einkretende Ueberführung der Kriegsteilnehmer in das Wirtschaftsleben beschäftigte dieser Tage eine Versammlung, die von der Kriegswirtschaftlichen Vereinigung einberufen war.

Prof. Dr. Robert Wilbrandt wies in den einleitenden Begrüßungsworten darauf hin, daß für die 8—10 Millionen heimkehrenden Krieger nach Friedensschluß die Verhältnisse in der Heimat manch Unerfreuliches bieten würden, wenn nicht beizeiten Vorsorge getroffen würde. Es sei zu befürchten, daß eine Nahrungs-, Wohnungs-, Kleidungs- und besonders eine Arbeitslosen-Not eintreten würde. Es müsse sofort mit den geplanten Kanalbauten begonnen werden. Ministerialdirektor a. D. Thiel wies darauf hin, daß ausländische Arbeiter für die Landwirtschaft in den ersten Friedensjahren kaum in Betracht kommen könnten, daß die Landwirtschaft also große Massen deutscher Arbeiter werde beschäftigen können. Genosse Umbreit von der Generalkommission betonte, daß unsre Krieger keinen Tag länger bei den Fahnen gehalten werden dürften, als es militärisch unbedingt notwendig ist, wenn das auch einzelne Gemeindeverwaltungen wünschten. Es gebe Arbeit genug für die heimkehrenden Krieger, wenn man nur die Verluste eines vierjährigen Krieges in unserm Wirtschaftskörper ersetzen wolle. Sache der Uebergangswirtschaft sei es, die nötigen Kapitalien zu beschaffen. Als wichtigster Auftraggeber komme das Reich in Betracht; aber auch die Gemeinden hätten beizeiten an Arbeitsbeschaffung zu denken. Auf die Arbeitslosenunterstützung werde man trotz alledem nicht verzichten können. Stadtrat Dr. Licht bekannte, daß in Groß-Berlin nach dieser Richtung leider bis jetzt sehr wenig geschehen sei; er machte hierfür die gemeindliche Zersplitterung verantwortlich.

Schließlich wurde ein Arbeitsausschuß gewählt, der die weitern Schritte tun soll.

*

Von besonder Seite wird uns hierüber noch berichtet:

Der Moment des Friedensschlusses bringt, so heiß er auch von allen Schichten der Bevölkerung ersehnt wird, die schwersten Sorgen im Gefolge. Wie kann die Masse der Heimkehrenden wieder in das Wirtschaftsleben übergeführt werden? Wie ist zu verhindern, daß nicht die schwerste Notlage durch Arbeitslosigkeit, durch Wohnungs-, Bekleidungs- und Nahrungsmittelnot sofort eintritt? Hierbei ist aber nicht nur einfach die Verhütung der Not durch Notstandsarbeiten zu erstreben, sondern darauf zu sehen, daß die zur Verfügung frei werdenden Kräfte der produktiven, neue Werte schaffenden Arbeit zugeführt werden und dadurch zur Hebung der deutschen Volkswirtschaft beitragen. Mancherlei Wege dahin sind vorgeschlagen, vielerlei Programme sind ausgearbeitet worden oder befinden sich in Vorbereitung.

All diese Teilprogramme zusammenzufassen zu einem umfassenden Arbeitsplan, das hat sich dieser Arbeitsausschuß vorgenommen, der nicht ein weiterer Verein, sondern die Zentrale des Zusammenwirkens aller in diesen Fragen beschäftigten Organisationen und Personen sein wird und dessen Tätigkeit etwa einer erweiterten Arbeit des Bureaus für Sozialpolitik gleichkommt.

Sowohl die Umgrenzung als die volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Richtlinien dieses bürgerlichen Mobilisierungsplans ist eine Arbeit, deren Bedeutung die Gewerkschaften nicht nur schon frühzeitig erkannten, sondern für die sie auch bereits wichtige Vorarbeiten geleistet haben, wie in der erwähnten Versammlung von Umbreit auseinandergesetzt wurde. Die Aufgabe, Vorkehrungen zur Verhütung des Notstandes zu treffen, liegt vor allem dem Reich ob. Der gegründete Arbeitsausschuß soll vor allem die Antriebskraft für säumige Behörden und bürgerliche Verwaltungen bilden und darauf hinwirken, daß die vorgeschlagenen vorsorgenden Maßnahmen keinen Tag länger aufgeschoben werden. Wenn auch Umbreit von der Ueberführung der Kriegsteilnehmer in das Wirtschaftsleben in erster Linie verlangte, daß sie vom Gesichtspunkt der Werte schaffenden Wirtschaftsweise geleitet sein müßte, so meinte er doch auch, daß die unproduktiven nur zur Versorgung Arbeitsuchender in Angriff genommenen Notstandsaktionen nicht zu umgehen sein werden, ebenso wie die Arbeitslosenfürsorge, die von den Gemeinden nicht, wie am Anfang des Krieges vielfach, einfach den Gewerkschaften überlassen bleiben dürfte.

In der Kritik der Säumigkeit der Behörden wurde Umbreit von den andern Rednern auf der Konferenz unterstützt. So behauptete der die speziellen Großstadtprobleme behandelnde Schöneberger Stadtrat Licht die Frage der zweifellos eintretenden großen Wohnungsnot als in ihrer Lösung abhängig von den allgemeinen innern Reformen und erklärte schon um dieser Lösungen willen die preußischen Wahlreformen als nicht mehr eine Stunde aufschiebbar. Breiten Raum nahm in den Verhandlungen überhaupt die Wohnungsfrage ein, die der auf diesem Gebiet bekannte Fachmann Dr. Kuczynski eingehend auf Grund des umfangreichen, ihm zu Gebot stehenden Materials erörterte und dabei zu ernsten Folgerungen kam. Außerdem schilderte Baurat Bernhard die Aussichten des Wohnungsbaues als recht ungünstig. Damaschke verlangte, daß die Errichtung von Kriegerheimstätten allen andern Bauten vorangehen solle. Ueber staatliche Aufträge an die Frauen als Notstandsaktion sprach Dr. Käthe Gaebel, während die großen wesentlichen Linien des ganzen Arbeitsprogramms von Professor Wilbrandt, Regierungsrat Feig vom Statistischen Amt und dem Ministerialdirektor a. D. Thiel dargelegt wurden.

Die schlimmste Notlage für die 8—10 Millionen Zurückkehrender zu verhüten, außerdem durch Karalbau, Intensivierung der Landwirtschaft, Wiederauffüllung des verödeten Marktes trotz anfänglich nicht zu umgehenden Rohstoffmangels, die Wiederinstandsetzung aller heruntergewirtschafteten Transportmittel, Bauten usw. belebend, nicht belastend auf die Volkswirtschaft zu wirken, dazu bedarf es nach den Ausführungen der Redner keiner Mitleidspolitik, sondern nur einer vernünftigen, die alte Welt des Eigennutzes überwindenden Sozialpolitik. —

* **Die „Vaterländischen"** entfalten im stillen eine rege Werbetätigkeit. So haben sie sich jetzt daran gemacht, das Adressbuch nach allen solchen Leuten auszuschreiben, die ihnen reif für ihre Ziele zu sein scheinen, und diesen Aermsten schicken sie ein Werbeschreiben zu, in dem es einleitend heißt: „Deutschlands Schicksalsstunde ist gekommen! Das deutsche Geschick entscheidet jetzt nicht mehr der Krieg, sondern der Friede. Unüberwindlich ist Deutschland im Kriege, überwunden darf es nicht im Frieden werden. Siegeswille schuf die großen Taten des Krieges, Siegeswille schaffe einen großen deutschen Frieden! Wir wollen keinen Frieden, der die wunderbaren Taten unsers Heeres ungeschehen macht, Opfer und Leiden ohnegleichen vergißt und das jetzige wie die kommenden Geschlechter in ein Elend verstrickt, aus dem es keine Rettung gibt. Wir wollen einen Frieden, der uns unsre Weltstellung wiedergibt, der unsre Opfer und Leiden vergilt, und dessen Segen noch die fernsten Geschlechter beglückt. Zu großen Taten hat das Geschick das deutsche Volk berufen; die Taten hat der Krieg vollbracht, jetzt werde der Friede zur großen Tat." Zu dieser Tat aber ruft die Deutsche Vaterlandspartei auf, wozu man sich auf der Rückseite des Werbeschreibens gleich dutzendweise eintragen kann. Unterzeichnet ist dieser Ukas mit Oberbürgermeister Rive als 1. Vorsitzenden, Bergrat Fabian als 2. Vorsitzenden, außerdem mit folgendem Arbeitsausschuß: Herold, Justizrat; Gustav Hoffmann, Eisendreher; Dr. Kern, Universitätsprofessor; Kühme, Werkmeister; Dr. Pfahl, Syndikus der Handelskammer; Dr. Scheithauer, Stadtverordneter. Diese Namen braucht man sich nur ein einziges Mal anzusehen, dann kennt man sich in der Vaterlandspartei sofort aus, — sofern man das nicht schon vorher gekannt hätte. —

* **Warnungen vor wertlosen Ersatzmitteln.** Die Preisprüfungsstelle Zeitz wird von jetzt an fortlaufend Listen über solche Gegenstände des täglichen Bedarfs veröffentlichen, vor deren An- und Verkauf dringend zu warnen ist, da ihre Zusammensetzung ihre Untauglichkeit ergibt oder zu ihrem Preise in einem ganz unsinnigen Verhältnis steht. Sie beginnt mit folgendem: 1. „Salatöl-Ersatz" von R. Eißnert in Gera-Untermhaus, 1 Liter 3,50 Mark, enthält 69,1 Proz. Wasser, kein Oel oder Fett. 2. „Glutalbin (Stärke-Ersatz)" enthält 28,1 Proz. Gips, der als Stärke wertlos ist und vor allem — was leider vielfach geschieht — keinesfalls zur Bereitung von Speisen benutzt werden darf. 3. „Diamant-Backpulver" von E. M. Webers Söhne, G. m. b. H. in Hamburg. 4. „Bester Ei-Ersatz" von A. Sauterichter Nährmittelfabrik Eppingen in Baden; enthält nicht den geringsten Nährwert, kann nur zum Färben dienen und hat etwas Treibkraft. —

* **Höchstpreise für Nährmittel.** Eine Verordnung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts setzt auf Grund des Höchstpreisgesetzes neue Höchstpreise für Grieß, Gerstengraupen (Rollgerste) und Gerstengrütze fest. Sie betragen im Kleinhandel bei Grieß 31 Pfg., bei Gerstengraupen und Gerstengrütze 36 Pfg. für das Pfund; im Großhandel bei Grieß 54 Mark, bei Gerstengraupen und Gerstengrütze 61 Mark für den Doppelzentner. Die Herstellerpreise für Grieß und Graupen sind durch die Lieferungsbedingungen der Reichsgetreidestelle geregelt. Durch die Vorschriften der Reichsgetreideordnung steht ihre Einhaltung jetzt ebenfalls unter strafrechtlichem Schutze. Die Verbraucherpreise bringen eine kleine Erhöhung der seither bestehenden Kleinverkaufspreise. Die Erhöhung ist verursacht teils durch die höheren Gestehungskosten des auf Grieß und Graupen verarbeiteten Getreides, namentlich aber durch Erweiterung der seitherigen Preisspanne für den Groß- und für den Kleinhandel, die als unzulänglich anerkannt werden mußte. —

* **Die städtische Berufsvormundschaft** findet während des Krieges die gleiche Inanspruchnahme wie vorher. Der Bestand an übernommenen (laufenden) Vormundschaften stieg von 1145 im Dezember 1913 auf 1223 im Dezember 1914 und 1405 im September 1917. Auch der regelmäßige Zugang ist ungefähr der gleiche geblieben. Während z. B. im Dezember 1913 die Zunahme 12 betrug, war diese im August 1917 noch 31. Zu Abgang kamen im August 1917 zusammen 11. Wäre durch den Krieg nicht die Zahl der Geburten so erheblich zurückgegangen, so würde der Bestand und der Zugang ein weit höherer sein. Unter Berücksichtigung der Kriegsverhältnisse muß dennoch festgestellt werden, daß die Berufsvormundschaft eine gewachsene Betätigung findet. In der Mehrzahl der Fälle (im August waren es 14) wird die Vaterschaft ohne weiteres anerkannt, in einem beträchtlichen Teile der Fälle (im August waren es 5) wird sie aber auch bestritten. Zur Wahrnehmung der Rechtsansprüche der Mündel zieht die städtische Berufsvormundschaft auch die Unterhaltspflichtigen von den zahlungspflichtigen Vätern ein. Auch dieser Zweig der Fürsorge hat eine ziemliche Ausgestaltung erfahren. Die Summe der einschlägigen Einzahlungen stieg von 1655 Mark im Dezember 1914 auf 3720 Mark im August 1917. Außerdem wurden 837 Mark durch Pfändungen eingezogen. Die Mehrzahl der Mündel sind Arbeiterinnen, dann folgen die Dienstboten. — Die gesetzgebenden Stellen gehen damit um, die behördliche Berufsvormundschaft noch weiter auszubauen. Der vom Reichstag eingesetzte „Ausschuß für Bevölkerungspolitik" hat bereits verschiedene Vorschläge dazu ausgearbeitet. —

* **Forderungen der preußischen Gemeindebeamten.** Eine Kriegstagung der preußischen Gemeindebeamten, die in diesen Tagen in Berlin abgehalten wurde, beschäftigte sich in der Hauptsache mit Fragen der zukünftigen Besoldungs- und allgemeinen Beamtenpolitik. Besoldungen wurde in einer Eingabe an Landtag und Regierung bei der bevorstehenden Reform des Herrenhauses eine Vertretung der Gemeindebeamtenschaft zu fordern. Im übrigen wurden als Grundforderungen einer durchgreifenden Besoldungsreform unter Beibehaltung der Rententheorie angestrebt: erhöhtes Grundgehalt, frühzeitige Anstellung, Alterszulagen, Wohnungsgeld. An weitern Forderungen des Verbandstags sind unter andern zu nennen: Stellenvorbehalt für die zum Heeresdienst eingezogenen jüngern Beamten und Angestellten und Beschränkung der weiblichen Hilfskräfte, Errichtung von Beamtenausschüssen auf gesetzlicher Grundlage, Doppelrechnung der zivilen Dienstjahre während des Krieges. —

* **Ueber die Versicherung und Versorgung der Hilfsdienstpflichtigen** herrscht große Unklarheit. Es ist deshalb festzustellen: Die Hilfsdienstpflichtigen sind keine Soldaten, sondern freie Arbeiter, die nach den für diese geltenden Vorschriften zu behandeln sind. Sie müssen gegen Krankheit, Invalidität usw. versichert sein. Werden sie von einem Privatunternehmer beschäftigt, dann hat dieser sie zu versichern; andernfalls ist das die Aufgabe derjenigen Behörde, bei der sie in Arbeit stehen. Wenn Hilfsdienstpflichtige im besetzten Gebiet verwundet werden, so gelten sie nicht etwa als kriegsbeschädigt, vielmehr sind solche Vorkommnisse als Betriebsunfall anzusehen und demgemäß zu entschädigen. Auf Militärrenten haben sonach die Hilfsdienstpflichtigen in keinem Fall Anspruch. —

* **Eine Zählung der leerstehenden Wohnungen und Geschäftslokale** findet Anfang November im Stadtkreis Halle statt. Mit Durchführung der Zählung ist das Statistische Amt der Stadt Halle beauftragt. Dessen Personal sowie freiwillige Zähler, die sich zur Verfügung stellen möchten, werden in der Zeit von Anfang November bis 15. November die erforderlichen Nachfragen bei den Hausbesitzern oder ihren Stellvertretern halten. Es wird gebeten, den mit dieser Aufgabe betrauten und mit einem Ausweis versehenen Personen bereitwilligst und genau Auskunft nach dem Stande vom 1. November 1917 zu geben. Die Zählblätter werden von den Zählpersonen selbst ausgefüllt. Die Angaben werden nur zu statistischen Zwecken verwendet. —

Kapitän Bröhans Werbung.

Ein humoristischer Seeroman von W. W. Jacobs.

(36. Fortsetzung.) Nachdruck verboten

Ein Teebrett und ein ordentlicher Haufen von Ober- und Untertassen stand auf dem Tisch, an dessen einem Ende ein alter Mann saß, dessen gefaltete Hände auf dem Tische ruhten.

„Guten Abend," sagte Herr Lütjens, in der Tür haltmachend und die Dämmerung mit seinen Augen durchdringend, um sich zu versichern, daß sonst niemand anwesend sei. „Ganz allein?"

„Ganz allein," wiederholte Kapitän Häseler und blickte auf, sich wundernd, wer das wohl sein möge.

„Es ist zu dunkel, um Sie genau erkennen zu können," sagte Lütjens mit geheimnisvollem Flüstern, „aber Sie sind Kapitän Häseler, nicht?"

„Der bin ich," erwiderte der Kapitän unruhig.

„Sie wollen nach Bremerhaven," flüsterte Herr Lütjens wieder.

„Was meinen Sie damit?" fragte der Kapitän schnell, die Tischkante ergreifend.

„Sind Sie sicher, daß das richtig ist?" fuhr Lütjens fort.

„Was meinen Sie damit?" wiederholte der Kapitän wieder von seinem Sitze. „Sprechen Sie deutlich."

„Ich meine, daß Sie am besten so schnell wie möglich ausreißen," flüsterte Lütjens hastig. „Es ist eine große Belohnung auf Ihre Person ausgesetzt, die Kapitän Bröhan verdienen will. Sie können das, was Sie getan haben, nicht so ungestraft tun, wissen Sie wohl."

Kapitän Häseler setzte sich wieder hin und bedeckte sein Gesicht mit den Händen.

„Ich will zurückgehen," sagte er mit gebrochener Stimme. „Bröhan sagte mir, er lebe noch, und daß das Ganze in Irrtum wär. Wenn er mir belogen hat, um den Preis für meinen alten Hals zu verdienen, so kann er ihn haben."

„Und Ihre Frau und Ihre Tochter?" sagte Lütjens, der anfing, einen großen Widerwillen gegen seine Aufgabe zu bekommen. „Ich las gestern abend in der Zeitung, daß Bröhan Sie gefaßt habe. Er ist jetzt an Land gegangen, um auf der Polizei die nötigen Arrangements zu treffen."

„Er hat heute morgen einen Brief von meiner Tochter bekommen," sagte der Alte mit matter Stimme.

„Er sagte Ihnen, daß er von ihr wäre," entgegnete Lütjens. „Nehmen Sie Ihre Sachen und kommen Sie schnell."

Ganz hingerissen von der Rolle, die er spielte, beugte er sich vor und ergriff den Arm des Alten. Kapitän Häseler gehorchte dem Griff und erhob sich, um seine arg mitgenommene Mütze vom Nagel zu nehmen und ihm schweigend nach oben zu folgen.

„Wir gehen einen trinken," sagte Lütjens zum Jungen. „In zehn Minuten sind wir wieder da."

„Is gut," gab Fiedje vergnügt zurück, „ich wollt, ich könnt mit Sie gehn."

Der andre stieg leise lachend zum Kai hinauf und entfernte sich mit dem schweigenden alten Mann an seiner Seite. Zuerst ging der Kapitän verdrossen genug mit, aber als er sich weiter und weiter vom Schiffe entfernte, erwachten alle Gefühle des gehetzten Wildes in ihm, und er war so begierig zu fliehen, wie Lütjens ihn sich nur wünschen konnte.

„Wo gehen wir hin?" fragte er, als sie in Sicht des Bahnhofs kamen. „Ich will nich mit die Bahn fahren."

„Bremen," sagte Lütjens. „Das is der geeignetste Platz, wenn man sich verstecken will."

„Ich will nich mit die Bahn fahren," beharrte der andre trotzig.

„Warum denn nicht?" fragte Lütjens erstaunt.

„Wenn sie wieder an Bord kommen und finden, daß ich nich mehr da bin, werden sie nach Bremen telegraphieren," sagte der Alte. „Ich will nich wie 'ne Ratte in 'ne Falle gefangen werden."

„Was wollen Sie denn machen?" fragte Lütjens ganz perplex.

„Ich weiß nicht," sagte der alte Mann. „Zu Fuß gehen, glaub ich. Es is dunkel und wir könnten leicht vier Meilen machen, ehe daß es Tag wird."

„Ja, wir könnten wohl," erwiderte Lütjens, der wenig Lust zu einer derartigen nächtlichen Irrfahrt verspürte; „aber wir werden das nicht machen."

„Lassen Sie mir allein gehn," sagte der alte Mann.

Lütjens schüttelte den Kopf.

„Sie würden Sie sicher abfassen, wenn Sie so über Land gingen," redete er auf ihn ein. „Verlassen Sie sich darauf, ich weiß, was das beste für Sie ist. Nehmen Sie den Zug."

„Nee, ich will nich," sagte Häseler halsstarrig. „Sie sind sehr freundlich zu mich gewesen, mehr als freundlich, indem daß Sie mir gewarnt haben. Lassen Sie mir nu allein gehn."

Lütjens schüttelte den Kopf und schielte vorsichtig in der Richtung auf Schröder, der einige Meter hinter ihnen ging.

„Ich wollte, Sie würden mir vertrauen," sagte er ernsthaft. „Sie würden in Bremen sicherer als sonst irgendwo sein."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171025-11/fragment/page=0005

* **Abholung der Winterkartoffeln.** Am Freitag, von 8 bis 12 Uhr und 2 bis 4 Uhr können diejenigen Personen auf dem Güterbahnhof, Ostgleis 120, ihre Kartoffeln abholen, deren Bezugsscheine mit dem Aufdruck „Selbstabholer", und den Nummern 671 bis 970 versehen sind. —

Winterkartoffeln aus dem Kreise Delitzsch. Sämtliche rückständigen Bezugsscheine für Winterkartoffeln aus dem Kreise Delitzsch werden am Freitag von 1/2 8 bis 1/2 12 Uhr und von 2 bis 5 Uhr Magdeburger Straße 67 ausgegeben. Die von früheren Ausgabetagen noch nicht abgeholten Bezugsscheine sind ebenfalls dort bis spätestens Sonnabend abzuholen. Andernfalls werden die Scheine an das Landratsamt in Delitzsch zurückgesandt und verlieren ihre Gültigkeit. —

Verfallen. Die Einmachezuckerkarten 2. Rate haben am Mittwoch ihre Gültigkeit verloren. —

* **Zur Einschränkung im Eisenbahnverkehr** hat sich jetzt auch der preußische Eisenbahnminister im Abgeordnetenhaus geäußert. Er führte aus: Der Eisenbahn-Personenverkehr habe in den letzten Kriegsjahren ganz außergewöhnlich zugenommen. Die Einnahmen seien um 44 Prozent gestiegen, trotzdem die Zahl der Züge um mehr als die Hälfte vermindert worden sei. Von den verschiedenen Maßnahmen, die zur Einschränkung des Personenverkehrs in Frage gekommen wären, habe man sich nach eingehender Prüfung zu der Verteuerung der Fahrpreise für Schnell- und Eilzüge entschlossen. Daß hierin eine Härte liege, würde nicht verkannt. Sie ließe sich aber nicht vermeiden, wenn man das unbedingt notwendige Ziel erreichen wolle. Andre zweckmäßige Mittel ständen nicht zur Verfügung. Die Einführung von Erlaubnisscheinen für den Gesamtverkehr sei nicht durchführbar. Eine zeitweise völlige Einstellung des Personenverkehrs sei mit Rücksicht auf die im Interesse der Kriegswirtschaft und Volksernährung unbedingt notwendigen Reisen nicht angängig. Die geringere Inanspruchnahme der Schnellzüge, die sich jetzt schon bemerkbar mache, gebe die Möglichkeit, die Züge zu kürzen und sie pünktlich durchzubringen. Hierdurch fielen die erheblichen Unregelmäßigkeiten im Güterverkehr weg, die jetzt durch die großen Verspätungen der Schnell- und Eilzüge verursacht würden. Ob die Maßnahme genügen werde, lasse sich zurzeit noch nicht übersehen. Genüge sie nicht, so würde man zu weitern Maßnahmen schreiten. Als eine solche käme die Einführung von Erlaubnisscheinen für die Benutzung einzelner besonders belasteter Strecken in Frage. Im Gepäckverkehr habe man neben einer Tariferhöhung zu einer Beschränkung des Gewichts der einzelnen aufgelieferten Gepäckstücke auf 50 Kilogramm schreiten müssen. Das Personal, das mit der Behandlung der Gepäckstücke betraut ist, bestände meistens aus Frauen, und diesem Umstand habe man Rechnung tragen müssen. Die Einschränkung des Verkehrs an den Sonntagen sei notwendig, um dem Personal mehr Ruhe zu geben und um Kohlen zu sparen. Fiskalische Gesichtspunkte seien bei allen diesen Maßnahmen völlig außer Betracht geblieben. —

* **Eine Zählung sämtlicher Schnellzugsreisenden** wird im ganzen Deutschen Reiche vorgenommen, um genau festzustellen, welche Wirkungen die neuen Verkehrsverordnungen auf den Verkehr haben. Die Zählungen werden am 25. Oktober beginnen und bis einschließlich 3. November dauern. —

* **Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.** Zu den bereits ausgegebenen 17 Morgen Ackerland an der Delitzscher Straße sind 10 Morgen an derselben Straße hinzugekommen. Alle diejenigen, die in dieser Gegend Acker zu pachten wünschen, werden ersucht, sich auf der Geschäftsstelle des Bundes gegen Bezahlung der Hälfte der Pacht eine Ausweiskarte ausstellen zu lassen. Der Acker wird voraussichtlich in der nächsten Woche verteilt. — Bei dieser Gelegenheit sei darauf aufmerksam gemacht, daß der neue Acker am Kaneaer Weg in der Größe von 69 Morgen auf 7 Jahre fest gepachtet ist. Auf diesem Acker sind noch etwa 100 Parzellen zu vergeben. Wie schon mehrfach mitgeteilt, ist das Prinzip durchbrochen worden, wonach die Parzellenzahl sich nach der Kopfzahl der Familie richtet. Da wir früher Mangel an Land hatten, mußten wir uns streng an die Kopfzahl halten. Da wir jedoch jetzt über genügend Land verfügen, können wir den einzelnen Familien mehr Land zur Verfügung stellen. Außer dem bisher gepachteten Lande sind uns noch 100 bis 200 Morgen angeboten, so daß wir noch über 1000 Familien mit Ackerland versorgen können. —

— **Erhöhung der Petroleumpreise.** Der Bundesrat hat eine Erhöhung der Petroleumhöchstpreise beschlossen. Der Großhandelspreis wurde von 30 auf 35 Mark für je 100 Kilogramm, der Kleinhandelspreis von 32 auf 36 Pfg. für das Liter, bzw. bei Lieferungen in das Haus des Käufers auf 40 Pfg. für das Liter erhöht. Bei Lieferung aus Straßentankwagen beträgt der Höchstpreis 32 Pfg. an Stelle des bisherigen Preises von 28 Pfg. für das Liter. Die an die Zentralstelle für Petroleumverteilung angeschlossenen Petroleumgesellschaften verpflichteten sich der Reichsleitung gegenüber, bei Abgabe von Petroleum an Zwischenhändler den Preis von 33 Mark für je 100 Kilogramm, bei Lieferung aus Straßentankwagen an Wiederverkäufer bis auf weiteres den Preis von 31 Pfg. für das Liter nicht zu überschreiten. Hierdurch wird einerseits dem Zwischenhandel ausreichende Verdienstmöglichkeit gegeben, anderseits dem Kleinhandel eine Preisspanne von 5 Pfg. für das Liter ermöglicht. —

— **Amtlicher Wäscheeinkauf.** Die Knappheit an Wäschestoffen veranlaßt die Reichsbekleidungsstelle, zur Deckung des dringenden Bedarfs der bürgerlichen Bevölkerung die Bett-, Haus- und Tischwäsche, die in Gastwirtschafts- und ähnlichen Betrieben, sowie Wäscheverleihgeschäften beschlagnahmt ist, aufzukaufen. Eine zwangsweise Enteignung der beschlagnahmten Bestände ist vorläufig nicht in Aussicht genommen. Weil die in den Betrieben lagernde Wäsche aber für die Zwecke der Volkswohlfahrt dringend notwendig ist, sollen diese Stücke an Bett- Haus- und Tischwäsche im freihändigen Aufkauf zu angemessenen Preisen der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden. Angebote sind zu richten: An den amtlichen Einkäufer für Wäsche Herrn Wolfgang Müller, Berlin NW 7, Unter den Linden 40/41, von dem auch die näheren Bedingungen zu erfahren sind. —

* **Ein Provinzialverband für Jugendgerichtshöfe.** Die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge in Berlin hatte auf ihrer Kriegstagung im April einen „Ausschuß für Jugendgerichte und Jugendgrichtshilfe" ins Leben gerufen, dem sich eine entsprechende Organisation in allen Provinzen und Landesteilen anschließen sollte, damit vor allem durch die gegenseitige Anregung und den Austausch der Erfahrungen die so wichtigen Bestrebungen immer mehr vertieft und ausgestaltet würden. Da nun auch in unsrer Provinz bereits eine Reihe von Vereinen Jugendgerichtshilfe getrieben haben, so traten sie mit geladenen Vertretern aus allen Teilen unsrer Provinz am vergangenen Sonntag zu einer gemeinsamen Versammlung in Halle zusammen, auf der die Gründung eines Provinzialverbandes mit Halle als Vorort beschlossen wurde. Zum Vorsitzenden wurde Geh. Konsistorialrat D. Feine (Halle), zum stellvertretenden Vorsitzenden Stadtschulrat Nordmann (Magdeburg), zum Schriftführer Pastor Hage (Halle) und zum Schatzmeister Kreisschulinspektor Minck (Merseburg) gewählt. Ihnen wurde aufgetragen, die weitere Organisation in die Hand zu nehmen. An Vereinen haben sich bisher angeschlossen Aschersleben, Erfurt, Halle, Magdeburg, Merseburg und Mühlhausen. —

* **Nachforschungen wegen eines Diebstahls.** Am 8. Oktober d. J. hat ein anscheinend polnischer Arbeiter, der sich Joseph Worlonozek aus Naundorf (oder Nauendorf) genannt hat, in der Altwarenhandlung Schleich, Alter Markt, eine große viereckige Ziehharmonika (Bandonia genannt) gekauft, die aus Jakarandaholz gefertigt und mit Neusilberstäben, 52 Perlmuttertasten, 13 Balgfalten mit Neusilberecken sowie 104 Oktavstahlstimmen versehen war. Da sich nachträglich ergeben hat, daß die Harmonika gestohlen war, soll der Käufer ermittelt werden. Dahingehende Angaben sind an die Kriminalpolizei (Zimmer 36 oder 37) zu richten. —

* **Mangel an Frauen für den Eisenbahndienst.** Die Eisenbahndirektion Halle hat die Dienststellen angewiesen, mit allen Kräften auf die Mehreinstellung weiblicher Kräfte bedacht zu sein, da die Annahme von Frauen im Verhältnis zum Bedarf nicht die gewünschten Fortschritte mache. —

* **Von der Strafkammer.** Die Ehefrau Minna Wiebach hatte einen Pfandschein der Stadt Halle gefälscht, indem sie an den Betrag von Mark 3 eine Null ansetzte. Diesen Schein hat sie für 1 Mark an eine Altwarenhandlung verkauft. Zu ihrer Entschuldigung gab sie an, aus Not gehandelt zu haben. Beantragt wurden sechs Wochen, das Gericht erkannte auf vier Wochen-Gefängnis. — Der Knecht Gustav Kosemann aus Klessin hatte sich wegen vorsätzlicher Brandstiftung zu verantworten. Er war Ende August damit beschäftigt Getreide auszudreschen. Bei dieser Gelegenheit steckte er mit einem Feuerzeug eine Scheune in Brand, in der sich mehrere Zentner Stroh, Raps usw. befanden. Der Schaden wird auf 6500 Mark geschätzt. Der Angeklagte gab zu, vorsätzlich gehandelt zu haben, verschwieg aber, aus welchen Motiven. Der Staatsanwalt beantragte, in Anbetracht der Gemeingefährlichkeit der Handlung auf eine Gefängnisstrafe von drei Jahren zu erkennen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu zwei Jahren Gefängnis. — Der schon vielfach vorbestrafte Georg Karl stand wegen Betrugs vor Gericht. Er hatte einem hiesigen Bürger vorgetäuscht, er wolle sein Gepäck von der Bahn abholen und brauche hierzu einen Handwagen. Als er diesen erhalten hatte, verkaufte er ihn sofort. Das Gericht ging noch über den Antrag des Staatsanwalts hinaus, der ein Jahr Gefängnis für ausreichende Sühne angesehen hatte, und setzte ein Jahr Zuchthaus, 150 Mark Geldstrafe und fünf Jahre Ehrverlust fest. —

* **Eigentümer gesucht.** Bei einer Person, die des Diebstahls überführt wurde, ist eine neue schwarze Handtasche mit schwarzem Bügel — Knopfverschluß — gefunden worden. In der Tasche befindet sich noch eine kleine Damengeldbörse mit gelbem Druckknopf und gelbem Bügel. In der Geldbörse sollen 6 Mark gewesen sein. Die Täterin will die Handtasche mit Inhalt Sonntag den 14. Oktober, gegen 6 Uhr abends, in der Geiststraße gefunden haben. Der Eigentümer wolle sich bei der Kriminalpolizei (Zimmer 73) melden. Dort liegt auch die Tasche zur Ansicht aus. —

* **Brotdiebstahl.** Am 22. Oktober hat ein etwa 15jähriges Mädchen, etwa 1,30 Meter groß, schlank, mit dunklem Haar und Sommersprossen im Gesicht, das ein schwarz und weiß kariertes Jackett trug, in der Karlstraße zwei Brote gestohlen. Wer Angaben zur Ermittlung des Mädchens machen kann, wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei (Zimmer 36 oder 37) zu melden. —

Streit um die Schullasten.

Vor dem Oberverwaltungsgericht gelangte jetzt ein Rechtsstreit zur Verhandlung, den die Gemeinde Passendorf gegen die Portland-Zementwerke „Saale", A.-G., im Gutsbezirk Granau wegen eines Zuschusses zu den Schullasten angestrengt hatte.

Die Aktiengesellschaft beschäftigt in ihrem Betrieb verschiedene Arbeiter, deren Wohnung sich in Passendorf befindet und deren Kinder dort zur Schule gehen. Passendorf hatte daher auf Grund des § 63 des Kommunalabgabengesetzes die Gesellschaft zur Zahlung eines Zuschusses zu den Schullasten aufgefordert und hervorgehoben, daß in der Passendorfer Schule eine Lehrkraft weniger erforderlich wäre, wenn die Arbeiter der Aktiengesellschaft ihre Kinder nicht in die Passendorfer Schule schicken würden. Der Bezirksausschuß entschied zuungunsten der Gemeinde Passendorf und betonte, die Klage könne schon aus dem Grunde keinen Erfolg haben, weil sie gegen die genannte Aktiengesellschaft und nicht gegen den Gutsbezirk Granau angestrengt worden sei. Dieses Urteil griff Passendorf mit der Berufung beim Oberverwaltungsgericht an, das auch auf Aufhebung der Vorentscheidung erkannte, indem es die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an den Bezirksausschuß zurückwies und geltend machte, als Partei komme nicht der Gutsbezirk Granau, sondern die Zementwerke in Frage. Handle es sich um Arbeiter, deren Familien infolge der Einberufung des Familienoberhauptes von den Zementwerken Unterstützung beziehen, so seien diese den gegenwärtig im Betriebe der Zementwerke beschäftigten Arbeiter gleichzustellen. —

*

Ammendorf. Heimliches Schweineschlachten. Einer Geheimschlächterei kam hier die Polizei auf die Spur. Der Arbeiter Wick in Ammendorf (Beesen) wohnt etwas abseits der Ortschaft im Felde. Unterhalb seiner Schlafstube legte er einen Keller an, den er als Schlachthaus benutzte. Die Falltür wurde durch einen darübergestellten Kleiderschrank verdeckt. Die Polizei aber bekam Wind von der Sache. Bei der vorgenommenen Haussuchung wurden die Ueberreste eines soeben geschlachteten Schweines vorgefunden. An der Schlächterei sind mehrere Personen beteiligt. —

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Heringe. Freitag vormittags von 8 bis 12 Uhr die Nummern 52501 bis 56000, nachmittags von 2 bis 6 Uhr die Nummern 56001 bis 59500. Jede Person 110 Gramm in der Talamtschule. —

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater. Heute Donnerstag wird die komische Oper „Giroflé-Girofla" aufgeführt, Freitag „Prinz Friedrich von Homburg", Sonnabend die komische Oper „La Serva Padrona" und das Lustspiel „Der zerbrochene Krug". Am Sonntag gastiert der Kammersänger Julius Neudörffer-Opitz vom Hoftheater in Stuttgart als „Don Juan". Die von Leopold Sachse inszenierte Aufführung wird musikalisch von Oskar Braun vorbereitet. Am Sonntag nachmittag kommt als Volksvorstellung zu ganz kleinen Preisen das Lustspiel „Der Herr Senator" zur Aufführung. —

Die Luther-Gedächtnis-Ausstellung in der Moritzburg hat eine Reihe wertvoller Schaumünzen aus dem städtischen Museum zu Mainz erhalten und neu ausgestellt. Die Münzen zeigen sämtlich den Kardinal Albrecht, Erzbischof zu Magdeburg, als Mainzer Kirchenfürsten. Die Ausstellung hat diesem großen Gegner Luthers einen besonders großen Platz eingeräumt, weil Kardinal Albrecht längere Zeit in Halle lebte und mit Luther manchen weltgeschichtlichen Schriftwechsel gepflegt hat. — Die Ausstellung ist täglich geöffnet, wochentags von 10 bis 4 Uhr, Sonntags von 11 bis 4 Uhr. Der Eintritt ist stets frei. —

Aus der Provinz.

Eisleben. Landtagsersatzwahl. Bei der Landtagsersatzwahl im Wahlkreis Merseburg 6 (Mansfeld) lauteten sämtliche abgegebenen 449 Stimmen auf den Rittergutsbesitzer Regierungsassessor Bartels-Walbeck, der sich der konservativen Partei anschließen wird. —

Eisleben. Einschränkung der Geschäftszeit. Die Verkaufszeit ist für sämtliche Ladengeschäfte vom 15. Oktober an auf 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags festgesetzt worden. An den Sonnabenden und in der Zeit vom 16. bis 24. Dezember wird die Verkaufszeit bis 7 Uhr abends verlängert. Die städtische Futterverteilungsstelle (F. Kögel) ist von 8 bis 12 1/2 und von 2 bis 6 Uhr geöffnet. Den Haarschneidern ist es gestattet, ihre Geschäfte täglich von 7 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends offen zu halten. —

Merseburg. Eine Stadtverordneten-Sitzung fand am Montag statt. An Stelle des verstorbenen Kommerzienrats Karl Berger wurde der Warenhausbesitzer Otto Dobkowitz zum Stadtrat gewählt. — Zum Direktor der Stadtsparkasse wurde Sparkassenbuchhalter Embruch aus Lüneburg und zum Sparkassenrendanten der bisherige Buchhalter der Stadtsparkasse, Schlegel, gewählt. — Für einen neuen Ofen im städtischen Gaswerk wurden 100 000 Mark bewilligt. — Das Kollegium genehmigte weiterhin die Uebertragung des Mädchenhorts und der Fürsorgestelle für Lungenkranke an den Vaterländischen Frauenverein. — Der Magistratsantrag auf Anschaffung eines Knochenkochers zur Fettgewinnung für die städtische Wurstfabrikation wurde diesmal angenommen. Es wurden ferner angenommen: Die Magistratsvorlagen wegen der monatlichen Erhöhung der Entschädigung für den Türmer der Stadtkirche und wegen Beitritts der Stadt zu dem Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus für Säuglingsfürsorge in Berlin. Die Nachbewilligung von 7600 Mark für Koks für das Krankenhaus fand Genehmigung, ebenso die Errichtung eines Eishauses zwecks Abgabe von Eis an die Fischhändler. — Für Weihnachtsgaben der Truppen hatte der Magistrat 1500 Mark beantragt; es wurden aber 2000 Mark bewilligt. — Vom Magistrat war eine Erhöhung der Feuerversicherung der städtischen Gebäude um 25 Prozent beschlossen worden. Der Berichterstatter stellte aber den Antrag auf eine 50 prozentige Erhöhung, der auch zur Annahme gelangte. —

Merseburg. Lebensmittelabgabe. Am Sonnabend wird gegen Abgabe der für die laufende Woche gültigen Kreisfettmarken in den bekannten Verkaufsstellen Molkerei- und Landbutter ausgegeben, und zwar auf jede Kreisfettmarke 50 Gramm Butter zum Preise von 31 Pfg., auf jede Zusatzmarke mit dem roten Aufdruck K. Z u. + 40 Gramm Butter zum Preise von 25 Pfg. Daneben erhalten die Kunden der Butterstelle 6 (Kunecke, Gutenbergstraße) auf jede Kreisfettmarke 30 Gramm Landkäse zum Preise von 7 Pfg. An demselben Tage werden in allen Lebensmittelgeschäften auf den Kopf der Bevölkerung 2 Pack deutscher Tee mit 1 Pfund Zucker zum Preise von zusammen 95 Pfg. verabfolgt. —

— Einlösung der Zuckermarke 2. Vom 1. November an darf Zucker nur noch auf die neuen Provinzzuckermarken ausgegeben werden. Die für den Monat Oktober gültige Zuckermarke 2 ist daher bis spätestens Sonnabend den 27. Oktober in den städtischen Verkaufsstellen einzulösen. —

— (Die Kleinhandelshöchstpreise für Milch betragen seit 19. Oktober: beim Verkauf durch Milchhändler oder Milchverkaufsstellen für Vollmilch 40 Pfennig, für Butter- und Magermilch 20 Pfennig das Liter. —

— Werdende Mütter, Wöchnerinnen, Kranke und alte Leute werden künftig an den städtischen Verkehrsstellen und den Ausgabestellen für Lebensmittel vorzugsweise abgefertigt. Sie erhalten hierzu auf Antrag für die Dauer der Krankheit usw. in der städtischen Lebensmittelkartenstelle — Rathaus, 1 Treppe, Zimmer 14 — eine Ausweiskarte. Die Karte ist von hellbrauner Farbe und trägt auf der Vorderseite einen roten Querstrich. Sie darf von der werdenden Mutter usw. nur benutzt werden, wenn sie selbst in die Verkehrsstelle geht; für Beauftragte, Dienstboten usw. gilt sie nicht. Alle öffentlichen Behörden und Verkehrsstellen sowie alle Lebensmittelhandlungen werden gebeten, die Inhaber dieser Ausweiskarten sofort vorzugsweise und außer der Reihe abzufertigen. —

— Zur Kohlenversorgung. Als Endtermin für die Einreichung von Einsprüchen gegen die aus der Kohlenkarte ersichtliche Bezugsmenge ist auf den 31. Oktober festgesetzt. Spätere Einsprüche können nicht berücksichtigt werden. Den Haushaltungsvorständen wird ferner dringend angeraten, die Kohlenkarten sofort von der städtischen Kohlenstelle (Rathaus, 2 Tr.) abzuholen. —

— Zur Kohlenversorgung gibt die Ortskohlenstelle bekannt: Wiederholt haben Verbraucher sich von Gruben oder Händlern größere Mengen Kohlen behändigen lassen, als ihnen auf Grund der Kohlenkarte zustehen oder als zurzeit nach der Kohlenkarte fällig sind. Die ohne Anweisung des Magistrats bezogenen Mengen sind, soweit sie das aus der Kohlenkarte ersichtliche Quantum übersteigen, beschlagnahmt. Der Bezug nicht zugewiesener Mengen und ihre Abgabe ist strafbar. Ebenso ist es verboten, auf die Kohlenkarte mehr Abschnitte zu beliefern als zum Bezug freigegeben sind. Jede Zuwiderhandlung, sei es von Lieferern oder Verkäufern, wird künftig ohne Nachsicht zur Anzeige gebracht werden. Zum Bezug freigegeben werden die ersten zehn Abschnitte der Kohlenkarte (Wochen bis 2. Dezember 1917).

Naumburg. Ein Diebstahl wurde im Fürstenzimmer des Bahnhofs, dem Verbandzimmer des Bahnhofsdienstes vom Vaterländischen Frauenverein, von einem dort eingetroffenen Soldaten begangen. Einem Unteroffizier wurden 132 Mark, einem Gefreiten ein Paar Langstiefel, einem andern Feldgrauen zwei Rucksäcke gestohlen. Es wird vermutet, daß ein Schütze von der Maschinengewehrkompanie des Infanterie-Regiments Nr. 47 der Dieb gewesen ist, der aus dem Schlafsaal des „Blumentals" sich früh entfernte, im Hofe das Tor aufbrach und sich nach dem Großjenaer Wege zu gewendet hat. Dort ist auch ein Teil der Sachen gefunden worden. —

Weißenfels. Lebensmittelverteilung. Auf die braunen Lebensmittelkarten kommen von Mittwoch den 24. bis Dienstag den 30. Oktober nach der Kundenliste zur Verteilung: Auf Marke Nr. 83 = 75 Gramm Teigwaren (Wasserware 64 Pfg., Auszugware 90 Pfg. für das Pfund), auf Marke Nr. 84 = 100 Gramm Hafernährmittel zum Preise von 45 Pfg. für das Pfund. —

— Zur letzten Heringsverteilung. Denjenigen Haushaltungen, denen bei der letzten Verteilung der Bezug von Heringen auf die Marke Nr. 73 nicht möglich war, wird anheimgestellt, die noch in ihrem Besitz befindlichen Lebensmittelmarken Nr. 73 in nachstehenden Geschäften gegen eine Empfangsbestätigung abzuliefern: für die Altstadt bei M. Müller, Große Kalandstraße Nr. 13; für die Neustadt bei Otto Fischer, Merseburger Straße Nr. 43. Die Abgabe von Heringen auf diese Marken wird demnächst bekanntgegeben. Künftig werden die Haushaltungen bestimmten Verkaufsstellen zugewiesen, obwohl auch dieses Verfahren eine sichere Gewähr nicht verbürgt, da der Tonneninhalt bei Fischsendungen sehr verschieden ist. —

Wittenberg. Abgefaßt. Während einer der letzten Nächte wurde im Keller des Hauses Grünstraße 27 ein 17jähriger Bursche aus Pforzheim vorgefunden, der sich bereits an dem Eingemachten gütlich getan, ferner einen leeren Marmeladeneimer, in den verschiedene Eßwaren verpackt waren, durch das Kellerfenster in den Vorgarten bereitgestellt hatte. Nachdem man ihm eine gehörige Tracht Prügel verabreicht hatte, wurde er dem Polizeigewahrsam übergeben. Jedenfalls sind auch die hier in letzter Zeit verübten Kellereinbrüche auf sein Konto zu bringen, denn man fand am Schwanenteich im dichten Gebüsch, wo er seit etwa 14 Tagen hauste, leere Konservenbüchsen, Flaschen, Messer, Stricke, Zangen usw. vor. —

Zeitz. Neue Anordnungen über die Kartoffelversorgung. Mit der Kartoffellieferung nach der Stadt Zeitz sind außer dem Landkreis Zeitz jetzt noch die Kreise Querfurt und Oschersleben beauftragt worden. Es werden deshalb in der nächsten Zeit sehr viel Kartoffeln hier eintreffen. Da es nun unmöglich ist, den Wintervorrat für die ganze Stadt einzukellern oder einzumieten, verpflichtet der Magistrat jedermann, der mit einem Staatseinkommensteuersatz von mehr als 16 Mark zur Steuer veranlagt ist, seinen gesamten auf die Kartoffelkarte entfallenden Winterbedarf von 3 Zentner für einen Erwachsenen und 1 1/2 Zentner für ein Kind jetzt hereinzunehmen und Gutscheine hierfür in der laufenden Woche zu entnehmen. Es entfallen auf die Stammkarte mit den vier Wochenmarken bei blauen Karten 2 Zentner und weißen Karten 1 Zentner, auf den oberen Abschnitt für den zweiten Versorgungszeitraum bei blauen Karten ein Zentner und bei weißen Karten ein halber Zentner. Wer auf die blauen Karten bereits 2 Zentner erhalten oder angemeldet hat, hat demnach jetzt auf den obern Abschnitt noch 1 Zentner zu entnehmen, und wer auf die weißen Karten bereits 1 Zentner erhalten oder angemeldet hat, hat demnach jetzt auf den obern Abschnitt noch einen halben Zentner zu entnehmen. Die Gutscheine werden in dieser Woche täglich während der Dienststunden im Zimmer 31 des Rathauses abgegeben. Der Preis beträgt 7,00 Mk. für 1 Zentner. Die Kartoffeln sind im Kartoffelschuppen abzuholen, sobald die Nummern der Gutscheine in der Zeitung aufgerufen werden. Kartoffelkarten zur wöchentlichen Entnahme von Kartoffeln während des Winters werden nur an diejenigen ausgegeben, die mit einem Staatseinkommensteuersatz von 16 Mark und weniger zur Steuer veranlagt sind. Alle übrigen Personen erhalten keine Wochenkarten. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171025-11/fragment/page=0006